

linke opposition

No 1

NATIONALE FRAGE

Sozialisten und die
nationale Frage

PKK und der Sozialismus

Gedicht von Pablo Neruda



Verbrechen
im Kapitalismus

theoretisches
Organ

IS Internationale
Sozialisten



■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■ Editorial ■■■■■■■■■■■■■■■■■■■

Die "**Initiative Internationaler Sozialisten**" (ISI) legt mit dieser Ausgabe der "**Linken Opposition**" die erste Nummer ihrer Zeitschrift vor. Wir wollen auf diesen Weg einerseits unsere Positionen zu verschiedenen Fragen zum Ausdruck bringen und damit einen Beitrag, zur dringend gebotenen Organisation der internationalen revolutionären Sozialisten in der BRD leisten, die nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine Frage der revolutionären Theorie ist. Gleichzeitig wollen wir die Diskussion anregen und stellen deshalb unsere Zeitschrift für Diskussionen mit Genossen außerhalb der ISI zur Verfügung.

Wir sehen zeitweise eine gesonderte Organisation von der SAG, mit der wir uns in den Grundsätzen einig sind, als notwendig an. Die SAG schwankt zwischen abstentionistischem Sektierertum und Bewegungstümelei und verhindert somit die Emanzipierung der unorthodoxen sozialistischen Kräfte in der BRD.

In dieser Ausgabe widmen wir uns schwerpunktmäßig der nationalen Frage, die wir auch in Zukunft weiter behandeln werden. Im Mittelpunkt der nächsten Ausgabe wird die Arbeiterklasse hinsichtlich ihrer marxistischen Bestimmung, ihren Veränderungen und ihrer historischen Position als revolutionäres Subjekt sowie das Verhältnis zwischen ihr und der revolutionären sozialistischen Partei stehen.



Sozialisten und die Nationale Frage

- Karsten Schmitz -

Der Kampf um nationale Unabhängigkeit verlor mit dem Ende der Kolonialzeit nach dem 2. Weltkrieg mehr und mehr an Bedeutung. Die unterdrückten Länder sind heute bis auf wenige Ausnahmen (Nord-Irland, Kurdistan, Südafrika...) politisch unabhängig. Für den Imperialismus war die ökonomische Ausbeutung dieser Länder bei politischer Unabhängigkeit effektiver. Mit der Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise wird aber auch der Kampf um Absatzmärkte und um Rohstoffe wieder zunehmen und die Frage der nationalen Unterdrückung wird wieder aktuell werden.

Gegen die Auswirkungen des Imperialismus haben sich wieder und wieder die verschiedenen unterdrückten Klassen in den Kolonial- und Ex-Kolonialländern erhoben. Die entstandenen bürgerlichen Bewegungen versuchten, die gesamte Bevölkerung mit der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit gegen die Fremdherrschaft zu vereinigen. Solche revolutionären Erhebungen gab es z.B. in China (1912, 1923-27, 1945-48), in der Türkei und in der arabischen Welt seit dem ersten Weltkrieg, auf den karibischen Inseln in den 20er Jahren, in Indien (1920-48), in Afrika seit 1945 und in Vietnam, bis die Amerikaner 1975 besiegt wurden. Der Vietnamkrieg war insofern etwas besonderes, daß er Linke weltweit gegen den Imperialismus aufbrachte. Sie beschäftigte sich im Zusammenhang mit dem Nationalen Befreiungskampf mit den Ideen von Marx, Engels und den Theorien von Lenin, wenn auch größtenteils mit der stalinistisch verbogenen Interpretation. Einhergehend mit der internationalen Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf erlitten die USA eine Niederlage, die so gravierend war, daß der Imperialismus mehr als ein Jahrzehnt benötigte, um sich von dieser Schwächung zu erholen. Heute haben sich die Linken jedoch größtenteils von der Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe losgesagt. Was ist geschehen?

In ihrer unkritischen Unterstützung Vietnams nahmen fast alle Linken an, die Ziele des unabhängigen staatskapitalistischen Vietnams seien ihre eigenen. Die vietnamesische Befreiungsbewegung aber blieb bei der Einrichtung eines eigenständigen kapitalistischen Staates stehen. Diese Tatsache war maßgeblich für die Enttäuschung und die Resignation der Linken. Sie sahen keinen Sinn mehr in der Unterstützung von nationalen Unabhängigkeitskämpfen. Sie haben nie verstanden, daß diese Unterstützung nicht dem aufzubauenden Staat zu gelten hätte, sondern nur der Schwächung des Imperialismus.

Der Nationalstaat

Was haben wir Marxisten - als Internationalisten - nun also mit dem Nationalismus zu tun? Marx selbst schreibt über die Funktion des Nationalismus anhand der Interessen der englischen Bourgeoisie an Irland folgendes:

»Irland liefert durch die beständig zunehmende Konzentration der Pachten beständig sein surplus (seinen Überschuß) für den englischen Arbeitsmarkt und drückt dadurch Löhne und materielle und moralische Position der englischen Arbeiterklasse herab.

Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische Arbeiter und irische Arbeiter. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den Lebensstandard herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst, Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. [...] Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt.«¹

Die theoretischen Grundlagen des Marxismus unterscheiden sich radikal von allen nationalistischen Ideologien. Die menschliche Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen und der Hauptkonflikt im Kapitalismus ist der zwischen der internationalen Arbeiterklasse und des internationalen Kapitals. Nationale Bewegungen sind allenfalls eine Erscheinungsform des Klassenkampfes. Wenn Marx im kommunistischen Manifest schreibt, *»Die Arbeiter haben kein Vaterland«*, so ist dies zu verstehen, daß die Grenzen nicht horizontal - zwischen Nationen -, sondern vertikal - zwischen oben (reich) und unten (arm) - verlaufen! Wir Sozialisten kämpfen für eine weltweit solidarische Produktionsgemeinschaft. In letzter Konsequenz sprengt unsere Theorie alle nationalen Ideologien, unsere Revolution kann nur Erfolg haben, wenn sie internationalistisch ist. Allerdings war nur der nationale Kapitalismus fähig, die letztendliche Grundlage für den Sozialismus zu schaffen. Seine geschichtliche Rolle war die Entwicklung der Wirtschaft zu einer Weltwirtschaft, in der die einzelnen Nationalwirtschaften untrennbar miteinander verbunden sind. Die internationale Verflechtung des Finanzkapitals sowie die internationale Arbeitsteilung sind längst bestehende Tatsachen.

»Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation (Ausbeutung, Nutzbarmachung) des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den

¹ Marx/Engels: "Irland - Insel in Aufruhr", Seite 214

Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut...»²

Der Nationalstaat ist aber, bezogen auf die Kapitalakkumulation, spätestens seit dem 1. Weltkrieg in seinen eigenen Widerspruch geraten. Der Kapitalismus lebt im Spannungsfeld, da das Kapital einerseits international konzentriert ist, es sich aber andererseits - aufgrund der Konkurrenz - auf den Nationalstaat stützen muß. Dieser Widerspruch ist im Kapitalismus nicht zu lösen. Das Ziel von Kommunisten kann heute nur noch die Zerschlagung der Nationen und der Aufbau einer grenzenlosen internationalen Gesellschaft sein.

Nationale Unterdrückung

Wie kam es nun zur nationalen Unterdrückung?

Ende des 19. Jahrhunderts führte die Verschärfung des internationalen Konkurrenzwetlaufes zur Zusammenrottung von Staat und Kapital zu einem wirtschaftlichen Ganzen. Die Konflikte zwischen verschiedenen Kapitalien nahm die Form der Konfrontation verschiedener Nationalstaaten an, was zu zwei Weltkriegen führte.

In diesen Kriegen kämpften einige entwickelte kapitalistische Staaten um die Aufteilung der Welt und somit um die territorialen Verwertungsbedingungen in den von ihnen unterdrückten Ländern, heute abgestempelt als "Entwicklungsländer". Diejenigen, die diesen Begriff verwenden, wollen den Eindruck erwecken, als bewegten sich die "unterentwickelten" Länder seit Jahrhunderten in die gleiche Richtung wie die "entwickelten", nur langsamer. Tatsächlich jedoch ist ein wesentlicher Grund für die "Unterentwicklung" die Ausraubung der Kolonien und die Zerschlagung deren ursprünglichen Reichtums.

Um das nationale Interesse der Kapitalisten zum Interesse der Arbeiter zu machen - die zu Millionen auf den Schlachtfeldern verheizt wurden - wurde die reformistische Bürokratie vom Kapital benutzt. Ehemalige Marxisten wie Kautsky oder Plechanow hetzten die Arbeiter dazu auf, in einem gewaltigen Mordzug gegen ihre Kollegen der unterdrückten Nationen aufzubrechen. Während in ihren "Vaterländern" noch nicht einmal ihr tägliches Brot gesichert war, mußte ihnen verkauft werden, daß ihre Interessen in Marokko oder sonstwo bedroht seien.

Die Kolonien wurden mehr und mehr in ein kapitalistisches Weltsystem einbezogen, was für sie nichts anderes als ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung bedeutete. Im zunehmendem Maße gab es Erhebungen von Bauern und Arbeitern gegen den Kolonialismus, die sich in nationalen Bewegungen ausdrückten.

² Marx/Engels: "Manifest der kommunistischen Partei", MEW, Bd. 4, Seite 466

Illusionen der Linken

Sozialistische Revolutionäre können diesen Kämpfen gegenüber nicht neutral bleiben, d.h. aber nicht, daß wir die Unabhängigkeit unterdrückter Nationen an sich als etwas fortschrittliches ansehen können. Der Fehler der meisten Linken war es, die unterdrückten Nationen wegen dieser "Fortschrittlichkeit" zu unterstützen. Sie unterstützten die Kämpfe nicht aus dem taktischen Grund den Imperialismus zu schwächen.

Dies ist der Fehler gewesen, den sowohl die Stalinisten besonders bei der Einschätzung von Vietnam, als auch die meisten orthodoxen Troztkisten gemacht haben.

Natürlich konnte die gesamte Situation vieler Länder, nachdem sie sich national die politische Unabhängigkeit erkämpft hatten, gegenüber vorher verbessert werden - für die Arbeiter dort hat sich aber durchschnittlich nichts geändert. (Das Geld fließt zwar dann nicht mehr in die Tasche der jeweiligen Imperialmacht, aber dafür in die der heimischen Bourgeoisie bzw. der heimischen Bürokratie.) Gehen wir aber an die Bewertung der gesamten Nation im Hinblick auf das Machbare heran, stellen wir fest, daß diese Länder keineswegs fortschrittlich sind. Der Sozialismus ist heute schon weltweit möglich. Im Vergleich zu einer möglichen sozialistischen Gesellschaft ist eine bürgerliche, auch wenn sie national unabhängig ist, rückschrittlich und nicht fortschrittlich.

Nationale Befreiungskämpfe setzen breite Massen Unterdrückter und Unzufriedener in Bewegung, die völlig unterschiedliche Motive und Ziele haben können. Alles, was sie zusammenhält, ist der Haß gegen die Fremdherrschaft. Natürlich können solche Kämpfe einen progressiven Charakter bekommen und eine Dynamik enthalten, die sie über ihre eigenen Grenzen hinweg - und in einen sozialistischen Kampf hineinführen können. Sie sind selbst aber nicht sozialistisch.

Stalinisten haben es immer wieder zugelassen, daß den Erfordernissen des nationalen Befreiungskampfes die politische und organisatorische Unabhängigkeit des Proletariats geopfert wurde. Die Länder der "Dritten Welt" müßten, ginge es nach Stalin, erst eine bürgerliche Etappe durchlaufen, bevor sie reif zum Sozialismus seien. Dies hat dazu geführt, daß viele irreführenden Sozialisten herrschende Ausbeuterklassen begrüßten, nur weil diese sich sozialistisch nannten. Die Unterordnung unter die bürgerlichen Kräfte hat, wie in China, mögliche sozialistische Revolutionen verhindert.

Wir dürfen uns aber nicht, wie Lenin das sehr klar aufgezeigt hat, den Bürgerlichen unterordnen und die Massen in deren Illusionen treiben:

»In Bezug auf die zurückgebliebenen Staaten und Nationen ... muß man insbesondere im Auge behalten ... die Notwendigkeit, einen entschiedenen Kampf zu führen gegen die Versuche, den bürgerlich-demokratischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern einen kommunistischen Anstrich zu geben. Die kommunistische Internationale darf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen nur dann unterstützen, wenn die Elemente der zukünftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistische Parteien sind, in allen zurückgebliebenen Ländern gesammelt und im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgabe des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation erzogen werden. Die kommunistische Internationale muß ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr

verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung - sogar in ihrer Keimform - wahren.»³

Doch auch orthodoxe Trotzlisten haben den Fehler der Unterordnung unter die Interessen einer entstehenden oder entstandenen herrschenden Klasse begangen. Z.B. beschreibt Angel Fanjul, Beauftragter der Trotzlisten um Mandel, ungewollt seine Unfähigkeit, dem wichtigen Punkt der Unabhängigkeit der kommunistischen Organisation zu entsprechen. Er schreibt kurz über eine Audienz, die Che Guevera ihm gewährt hat: *»Er [Guevara] sagte..., daß man die Bildung einer einzigen Partei der Revolution anstrebe und die anderen Parteien nicht mehr toleriert würden.«⁴*

Ihre Aktivitäten in Kuba beschränkten die Trotzlisten dann auch auf den Kampf im Parlament der herrschenden Klasse: *»Als wir nach Havanna zurückkehrten, hatte der Kampf bereits begonnen: Die stalinistische Führung war entschlossen, unsere Delegiertenmandate in Frage zu stellen und uns das Rede- und Abstimmungsrecht in Frage zu stellen.«⁵* Nachdem einige Trotzlisten die Arbeiterfeindlichkeit der kubanischen Revolution erkannt hatten, sagen die meisten von ihnen heute, daß sie nationale Befreiungsbewegungen nicht mehr unterstützen wollen, da sie zu reaktionär seien. Auch wenn Trotzki die bedingungslose Unterstützung von Kämpfen um das Recht auf nationale Unabhängigkeit forderte, wo gelte das heute nicht mehr, weil die Welt sich total verändert habe und eine Entwicklung der Produktivkräfte auch durch eine Unabhängigkeit nicht mehr möglich sei. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß sich die Welt seit Trotzki in dieser Frage nicht verändert hat und schon Trotzki darauf hingewiesen hat, daß eine unabhängige ökonomische Entwicklung gegen den Willen der Imperien nicht mehr möglich ist, sondern die Unterstützung nur aus taktischen Gründen zur Schwächung der Imperialisten erfolgen muß.

Trotzki betonte auch klar und eindeutig, daß der Revolution Gefahr droht,

»sofern die Stalinisten unter dem Deckmantel der "Volksfront" eine Politik der Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie betreiben. Das bedeutet praktische die Ablehnung des revolutionären Agrarprogrammes, die Weigerung die Arbeiter zu bewaffnen, die Ablehnung des Kampfes um die Macht, den Verzicht auf Revolution.«⁶

Sozialistische Revolutionäre & Nationale Befreiungsbewegungen

Wie sieht eine marxistische Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen aber nun aus?

Zu allererst muß festgestellt werden, ob diejenigen, die die nationale Unabhängigkeit einfordern, auch tatsächlich in nationaler Unterdrückung leben - oder, ob sie nur Heuchelei betreiben, um bestimmte Privilegien (Zölle, Subventionen etc.) zu ergattern. Solche Separatisten sind etwa die Bourgeoisie bzw. das Kleinbürgertum Süd-Tirols und des Baskenlandes, wobei gerade diesen Ländern sämtliche Minderheitsrechte zufallen. Sie dürfen ihre Sprache sprechen, haben Sitze im italienischen, bzw. spanischen Parlament, etc. pp.

Die Aufgabe einer revolutionären Organisation ist es nicht einfach einen Kampf unter bürgerlicher Führung zu unterstützen, sondern den Arbeitern der unterdrückten Länder zu

³ Lenin: "Ursprüngl. Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage", Werke in 6 Bänden, Band 5, Seite 591

⁴ A. Fanjul: "Cuba", Inprekorr, Stuttgart, Nr. 106, Seite 20

⁵ Ebda., Seite 17

⁶ Leo Trotzki: "Offener Brief an die indischen Arbeiter" aus: "Denkzettel", Frankfurt 1981, Seite 289

helfen, daß sie sich ihrer Klasseninteressen bewußt werden und eine eigene revolutionäre Organisation aufbauen können. Das Ausbleiben der nationalen Unabhängigkeit erschwert es der Arbeiterklasse auch, den nationalen Bourgeois als ihren Feind zu erkennen.

Für uns Sozialisten in der imperialistischen Welt hängt die Stärke der Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen davon ab, wie weit eine unabhängige kommunistische Organisation in diesen Ländern aufgebaut werden kann. Dies ist keine Bedingung für eine Unterstützung, wohl aber die Frage der Intensität eines Kampfes. Unabhängig davon machen wir die Stärke des Engagements in den imperialistischen Ländern auch davon abhängig, inwieweit ein nationaler Befreiungskampf die antiimperialistische Bewegung hier stärkt. Ein objektives Interesse der Arbeiter der Metropolen zur Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen gibt es jedenfalls, wie Chris Harman dies beschreibt:

»Zum Beispiel hat ein VW-Arbeiter in Deutschland einen Verbündeten in der schwarzen Befreiungsbewegung Südafrikas. Der nationale Befreiungskampf setzt auch der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter durch VW Grenzen., denn Löhne und Arbeitsbedingungen waren in der Vergangenheit durch das weiße Siedlerregime mit brutaler Gewalt extrem niedrig und schlecht gehalten. Eine Niederlage der schwarzen Befreiungsbewegung würde den VW-Konzern automatisch stärken, auch in seiner Fähigkeit, Löhne und Arbeitsbedingungen von VW-Arbeitern in Deutschland zu verschlechtern. Das trifft selbst dann zu, wenn die nationale Befreiungsbewegung Südafrikas nicht von Sozialisten geführt wird - ja sogar dann, wenn diese Führung die ausländische Herrschaft nur durch die Herrschaft der eigenen (schwarzen) Kapitalisten oder einer staatskapitalistischen Klasse ersetzen will.«⁷

Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß es überhaupt nicht darum geht, ein angeblich fortschrittliches Regime zu unterstützen, sondern den VW-Konzern (den Imperialisten) zu schwächen. Eine Stärkung der einheimischen Arbeiter hat dies nicht zur Folge, sondern der Kampf, aus dem heraus die südafrikanischen Arbeiter ihr Selbstbewußtsein, ihr Wissen um ihre Stärke, für den Klassenkampf holen können.

⁷ C. Harman: "Das ist Marxismus", Frankfurt 1987, Seite 71/72



Es gilt für alle nationalen Befreiungskämpfe gegen die imperialistische Unterdrückung, daß der Kampf eine tausendfach wertvollere Erfahrung ist als das Resultat, so es dann nicht mehr ist als ein national unabhängiger Staat.

Der imperialistische Staat, der die nationalen Befreiungsbewegungen zerschlägt, ist derselbe imperialistische Staat, der der größte Feind der Arbeiter in den industrialisierten Ländern ist. Deshalb gilt nach wie vor der Satz: "ein Volk, daß andere Völker unterdrückt, kann niemals selbst frei sein." Und deshalb trat Lenin für ein Bündnis der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder mit den unterdrückten Völkern ein, selbst wenn diese unter nicht-sozialistischer Führung standen. Das heißt nicht, daß Sozialisten damit einverstanden sind, wie die nichtsozialistischen Führer den Befreiungskampf in den unterdrückten Ländern führen. Aber wir müssen zuerst klarstellen, daß wir den Kampf bedingungslos unterstützen. Sonst geschieht es allzu schnell, daß wir unsere eigene herrschende Klasse gegen die von ihr unterdrückten Völker unterstützen und sie somit stärken. Es ist also notwendig,

»daß alle kommunistischen Parteien die bürgerlich-demokratische Befreiungsbewegung in diesen Ländern unterstützen; die Pflicht zur aktiven Unterstützung haben in erster Linie die Arbeiter desjenigen Landes, von dem man die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt.«⁸

Durch die weltweite massenhafte Unterstützung 1966 des Kampfes des vietnamesischen Befreiungskampfes konnte sich die antikapitalistische Bewegung in den Metropolen enorm verbreitern. Nur dadurch wurde der Marxismus neu entdeckt. Wir selber sind ein Produkt dieser Unterstützung. Das Ergebnis in Vietnam ist gleich Null. Den Imperialismus hat die Bewegung aber auf Jahre geschwächt und sozialistisches Bewußtsein gefördert. Es wäre fatal, in Zukunft auf diese Waffe zu verzichten. Die Linken müssen immer noch an dem Recht auf nationale Unabhängigkeit der Völker festhalten und bedingungslos deren Kämp-

⁸ Lenin: "Ursprüngl. Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage", Werke in 6 Bänden, Band 5, Seite 590

fe unterstützen um den Imperialismus, den Todfeind der Arbeiterklasse zu schwächen, aber deren Inhalte zu kritisieren um es dem proletarischen Teil der Bewegung zu ermöglichen sie über ihre eigenen Grenzen hinauszutragen - oder wie Trotzki das im spanischen Bürgerkrieg treffend in der Formel ausdrückte: "Militärische Unterstützung - ja! Politische Unterstützung - nein!"

Flammt heute ein nationaler Befreiungskampf auf, müssen wir nach dieser Formel handeln:

Praktische Unterstützung - ja! Theoretische Unterstützung - Nein!



Der radikale kleinbürgerliche Nationalismus - Anspruch und Wirklichkeit

Eine relativ breite Koalition linker und radikal-demokratischer Kräfte, deren Spektrum von der VSP über die DKP, die PDS bis zu den "Grünen" reicht, hat Ende 1991 zunächst einen Aufruf unter dem Titel "Solidarität mit Kuba" und im Januar 1992 einen weiteren Aufruf für die Kampagne "Energie für Kuba" veröffentlicht. Auch wenn in beiden Aufrufen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Autoren "unterschiedliche Positionen zum cubanischen Regierungssystem" haben und gemeinsam allerdings den Versuch verurteilen, "eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen", ist es doch offensichtlich, daß die Unterzeichner sich vor allem deshalb für Kuba einsetzen, weil sie in der einen oder anderen Art im dort herrschenden System eine Alternative für die Völker der unterdrückten Länder oder gar einen sozialistischen - den letzten - Hoffnungsträger sehen. Während wir uns ohne Zweifel gegen die imperialistischen Angriffe auf Kuba wenden, betrachten wir es doch gleichzeitig im Interesse der langfristigen Entwicklung eines effektiven und damit seines Namens würdigen "Antiimperialismus" als unumgänglich, in diesem Zusammenhang allen irrealistischen Vorurteile der Linken in dieser Frage entgegenzutreten.

Wir versuchen daher unsere Position gegenüber dem - wie wir ihn sehen - kleinbürgerlichen Radikalismus und seinen Bewegungsgesetzen im Folgenden am zwei Beispielen darzustellen; einer sich programmatisch seit ihrer Gründung als marxistisch-leninistisch bezeichnenden nationalen Befreiungsbewegung, die noch nicht gesiegt hat, der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und des aus einem erfolgreichen "nationalen Befreiungskampf" hervorgegangenen vermeintlich "sozialistischen Kuba". Nicht nur aus Gründen der Logik, sondern auch aus Gründen der mit der im Zusammenhang mit dem diesjährigen kurdischen Newroz-Fest (21. März) in bislang nicht gesehene Ausmaße intensivierten Repression gegen die kurdische Volksbewegung durch den türkischen Kolonialismus beginnen wir in dieser Ausgabe der 'Linken Opposition' mit dem Beitrag über die PKK. In der nächsten Ausgabe wird der über Kuba folgen.

Die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und der Sozialismus zum Verhältnis von nationaler Befreiungsbewegung und Klassenkampf

- A. Holberg -

In der BRD zählt die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) auf Grund ihres bewaffneten Befreiungskampfes gegen den NATO-Staat Türkei, wegen ihrer sichtbaren Präsenz auf bundesdeutschem Territorium und schließlich auch wegen der im Interesse des türkischen Staates gegen einige ihrer hiesigen Kader durchgeführten "Terrorismus"-Prozesse zu den Organisationen des nationalen Befreiungskampfes, die sich der größten Unterstützung seitens der radikalen Linken erfreuen.

Wie auch andere Organisationen nationaler Befreiungsbewegungen, die in den 70er Jahren entstanden sind, bezeichnet sich die PKK als sozialistisch bzw. sogar als marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse. Die durch den Zusammenbruch der angeblich real sozialistischen Länder erzwungene und in gewisser Hinsicht auch erst für breitere Teile der "Linken" ermöglichte Neubestimmung dessen, was unter "Sozialismus" im marxistischen Sinn zu verstehen ist, und gleichzeitig die Notwendigkeit des Überdenkens bisheriger Vor-

stellungen vom Verhältnis zwischen nationalem Befreiungskampf und sozialistischer Perspektive machen es notwendig, etwa am Beispiel der PKK - die hier ungeachtet verschiedener Spezifika für viele andere Organisationen besonders im Trikont steht - den sozialen und politischen Charakter solcher Befreiungsbewegungen zu analysieren.

Der Zweck einer solchen Analyse ist ein doppelter: Zum einen ermöglicht diese Analyse, das eigene Sozialismusverständnis verbindlicher festzulegen, und zum anderen ermöglicht sie es, die Solidaritätsarbeit mit der PKK (und anderen nationalen Befreiungsbewegungen) auf eine realistischere und somit stabilere Basis zu stellen.

Als die UdSSR oder alternativ die VR China verlässliche Gegenpole zu den westlichen Mächten - frühere koloniale und später neo-koloniale - zu sein schienen, betrachteten es viele Herrscher oder Mächtigen-Herrscher in der "Dritten Welt" als eine gute Idee zu versuchen, sich auf diese Länder zu stützen und sogar irgendwie den "Marxismus-Leninismus" für sich zu beanspruchen. Das galt insbesondere für nationale Befreiungsbewegungen, die ihre Kraft aus der Organisierung der arbeitenden Massen ihres Volkes ziehen mußten, waren diese auch überwiegend Bauern. So reklamierte z.B. die Mutter der meisten heutigen Organisationen der kurdischen Nationalbewegung - die "Demokratische Partei Kurdistans" (DPK) im Irak - den "wissenschaftlichen Sozialismus" für sich als sie noch von intellektuellen kleinbürgerlichen Führern wie Ibrahim Ahmed geleitet wurde. Wie inhaltsleer dieser Anspruch aber war, wurde schon vor langer Zeit offenkundig als diese Partei praktisch in die Hände des tribalen Barzani-Clans fiel. Als ein Ergebnis der eng regionalistischen - im Gegensatz zu pan-kurdischen - Taktiken der irakischen DPK und in diesem Zusammenhang als Ergebnis ihrer dubiosen Beziehungen zu den Geheimdiensten des Irans und der Türkei entwickelte sich eine kritische Strömung vorallem unter dem kurdischen Kleinbürgertum im türkischen Teil Kurdistans.

Das zusammen mit der Entwicklung einer revolutionaristischen Bewegung unter den Studenten der türkischen Universitäten Ende der 60er Jahre - der "Revolutionären Jugendföderation" (Devrimci Gençlik Federasyonu) - brachte jüngere Kader der kurdischen Nationalbewegung dazu, sich verschiedenen Abarten des "Marxismus-Leninismus" zuzuwenden. Das gilt für praktisch alle der etwa 15 Organisationen in Türkisch-Kurdistan aber auch für einige, die sich von der irakischen DPK nach deren katastrophaler Niederlage 1975 abspalteten. Die am ernsthaftesten marxistische unter ihnen, die "Revolutionären Organisation der Werktätigen Kurdistans/Iran" (Komela) entstand im Iran, wo die Linke die intellektuell bei weitem entwickeltste der Region ist.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine Gesamtdarstellung aller Aspekte der Theorie und Praxis der PKK, sondern im wesentlichen nur um die Frage ihres Anspruchs, eine "Arbeiterpartei" d.h. eine politische Klassenorganisation zu sein und für den Sozialismus in Kurdistan zu kämpfen. Grundlage dieser Analyse sind im wesentlichen das "Programm der PKK" von 1978⁹, die Rede des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution¹⁰ sowie das Interview, das Öcalan am 18.8.1991 einer Delegation der europäischen Solidaritätsbewegung gab¹¹.

Vorausgeschickt werden muß der Hinweis darauf, daß es relativ schwierig ist, auf der Basis von programmatischen Texten der PKK und insbesondere auf der Basis von Reden

⁹ Arbeiterpartei Kurdistans - PKK, Programm (Wesanen Serxwebun 21) Köln 1984

¹⁰ A. Öcalan: "Das Problem des real existierenden Sozialismus"... in 'Kurdistan Report', Jan-Febr. 1988, Seite 25-

¹¹ derselbe über internationale Fragen in "Sefirazkin - Wir werden siegen", Osnabrück 1991, S. 27-36

und Artikeln ihres Generalsekretärs zu theoretischen Fragen ein eindeutiges Bild ihrer entsprechenden Vorstellungen zu zeichnen, da diese Texte im allgemeinen ungenau sind und relevante Fragen oft überhaupt nicht ausdrücklich angesprochen werden und wenn, dann an verschiedenen Stellen widersprüchlich interpretierbar, und die Ideologie der Partei in dieser Hinsicht grundsätzlich eklektisch ist.

Die Vorstellungen, die die PKK mit dem Begriff "Sozialismus" verbindet, gehen teilweise aus ihrer Position zur Entwicklung der UdSSR und der wichtigsten Diskussionen zu diesem Thema hervor.

Die UdSSR wird als ein sozialistisches Land betrachtet, das durch eine Reihe nicht konkret aufgeführter innenpolitischer "Fehler" ("grobhafte", d.h. undemokratische Praxis Stalins) und durch sehr viel ausführlicher behandelte mit den innenpolitischen aber analytisch nicht in Verbindung gebrachte außenpolitische "Fehler" bzw. revisionistische "Abweichungen" vorallem auf dem Gebiet des "proletarischen Internationalismus" gekennzeichnet ist. Stalin gegen Trotzki abwägend bezieht die PKK eindeutig Stellung für Stalin¹² und begründet das wie folgt: Während Trotzki immer zwischen Bolschewismus und Nicht-Bolschewismus hinundhergeschwankt sei, sei Stalin stets Bolschewik, d.h. Anhänger der Leninschen Fraktion der SDAPR, gewesen und somit ein sicherer Garant für die Weiterführung des Erbes Lenins, wenn auch nicht in dessen Vollkommenheit.

Dieses Argument ignoriert die Tatsache, daß die SDAPR(B.)/KPdSU bis zur Durchsetzung der Macht Stalins keineswegs monolithisch war und starke Fraktionen in wichtigen Fragen (so etwa Sinowjew und Kamenew und eben auch Stalin bzgl. des Oktoberaufstandes) gegen Lenin standen. Stalin hielt sich bei diesen Diskussionen i.a. bedeckt, tendierte aber vornehmlich zur rechten Fraktion. Der wesentliche Punkt aber ist der, daß sich Stalin unabhängig von seinem Verhalten bis dahin im Zuge der Herausbildung der Bürokratie als eigene herrschende Klasse als deren wichtigster politischer Vertreter theoretisch zum Anti-Marxisten und somit Anti-Leninisten und zum Konterrevolutionär entwickelt hat.

Neben dieser falschen Begründung vertritt A. Öcalan allgemein die Auffassung, daß die stalinistische Praxis trotz ihrer Fehler notwendig gewesen sei, um die "Institutionalisierung" der Revolution und die Schaffung ihrer Infrastruktur angesichts der imperialistischen Bedrohung zu sichern. Gegenüber der vorallem von Trotzki gegen Stalin/Bucharin vertretenen Anschauung, daß "Sozialismus in einem Land" nicht möglich und zumindest nicht aufrechtzuerhalten sei, macht A. Öcalan geltend, daß die damit verbundene Orientierung auf die Weltrevolution zur Liquidierung der Revolution in Rußland geführt hätte¹³.

Damit ignoriert Öcalan zum einen die Tatsache, daß alle Bolschewiki einschließlich Stalin in der Marxschen Tradition bis 1924 als Bucharin und Stalin die Parole vom "Sozialismus in einem Land" offiziell ausgaben von der Nichtexistenz einer solchen Möglichkeit überzeugt waren und die Revolution in einem unterentwickelten Land wie Rußland nur deswegen organisiert hatten, weil sie fest mit der Revolution zumindest in Deutschland innerhalb von Monaten wenn nicht Wochen rechneten, durch die Rußland dann seine Avantgardeposition in der sozialistischen Weltbewegung sofort wieder verlieren würde.

Die Kritik Öcalans an Trotzki als Repräsentant einer bestimmten revolutionären Strategie ist hier insgesamt geprägt von der Anerkennung des historisch Gegebenen als einzig Möglichem, nicht aber von einer immanenten Analyse der entsprechenden Theorien. Im Vor-

¹² wie Anm. 10, Seite 31 f.

¹³ wie Anm. 10, Seite 32

dergrund steht dabei die Anerkennung der stalinischen Fähigkeit, die UdSSR (auf dem Rücken der Arbeiterklasse, d.V.) als Staat zu organisieren und gegen äußere Feinde zu behaupten sowie die Ablehnung des "Trotzkismus" als einer "kleinbürgerlichen" Strömung, die sich demgegenüber nicht organisieren konnte, um den Stalinisten die Macht streitig zu machen. Völlig unbeachtet bleibt hingegen die Frage nach den realen ökonomischen und politischen Strukturen der UdSSR und der anderen gleichgearteten Länder und damit die Frage nach ihrem sozio-ökonomischen Charakter. Die ganze Analyse ist überdies idealistisch und an den persönlichen Eigenschaften unterschiedlicher Führer festgemacht und verliert kein Wort über die Klassenbasis der verschiedenen Fraktionen der Partei innerhalb der UdSSR bzw. über die Entwicklung der Klassenbasis des Sowjetstaates überhaupt (z.B. über die Frage der physischen und politischen Atomisierung des Proletariats als faktischem Träger der Oktoberrevolution durch den Bürgerkrieg und die dadurch ermöglichte Entwicklung der Bürokratie zu einer vom Proletariat nicht mehr zu kontrollierenden Klasse als Basis der stalinischen Herrschaft).

Die Position der PKK zum Stalinismus kann zwei Gründe haben: 1. gleichgerichtete Ziele, 2. die Auffassung, daß es keinen anderen realistischen Weg gebe. Beide Gründe sind durch eine gemeinsame undialektische und damit unmarxistische Denkweise miteinander verbunden. Nachdem die Frage nach der Möglichkeit des "Sozialismus in einem Land" (d.h. der Theorie, die die Legitimation für die stalinistische Praxis darstellt, die ihrerseits Ausdruck der sozialen und politischen Interessen der Bürokratie ist)¹⁴ u.a. bereits von Lenin und Trotzki theoretisch beantwortet wurde, ist sie unterdessen auch praktisch-historisch beantwortet worden - negativ. Interessant ist daher nicht, daß die PKK-Position in dieser Hinsicht falsch ist, sondern die Frage, wie die PKK zu dieser Position gekommen ist. Diese Frage wird teilweise beantwortet, wenn man versucht, auf der Basis einer Analyse des Programms der PKK ihre eigenen Ziele und ihren eigenen Klassencharakter (vorallem den politischen aber darüber hinaus auch soziologischen) zu verdeutlichen.

Die PKK bestimmt den Charakter der Revolution Kurdistans als "bürgerl.-demokr.", da Kurdistan wesentlich feudal sei und die einheimische ("nationale") Bourgeoisie sich noch nicht zu einer Klasse konstituiert habe.¹⁵ Demgegenüber muß folgendes festgehalten werden: Nordwest-Kurdistan ist im wesentlichen kapitalistisch strukturiert.¹⁶ Selbst die kurdischen Großgrundbesitzer sind mit dem kapitalistischen Markt innerhalb der Türkei verflochten. Vorkapitalistische soziale Beziehungen, im wesentlichen traditionelle Stammesbeziehungen, existieren zwar im politischen und ideologischen Bereich fort, aber in immer geringerem Maße und vorallem weitestgehend ohne ökonomische Basis. Die "bürgerl.-demokr. Revolution" hat jedoch nur die historische Aufgabe, dem Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Selbst der unterentwickelte Charakter der kurdischen Gesellschaft und Ökonomie kann kein ausreichender Grund für die Ablehnung der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution sein, da diese Möglichkeit und Notwendigkeit nicht in erster Linie aus den lokalen Bedingungen erwächst, sondern aus der Existenz des kapitalistischen Weltmarktes. Schließlich fand auch die Oktoberrevolution, auf die

¹⁴ zur Frage der Entstehung der bürokratischen Herrschaft in der UdSSR vgl. Trotzki: Die verratene Revolution, Essen 1990, oder für die These vom bürokratischen Staatskapitalismus Cliff: Staatskapitalismus in Rußland, Ffm. 1975 sowie Harman: Rußland - Wie die Revolution scheiterte, Ffm 1989.

¹⁵ Diese Vorstellung vertritt sie bis heute und leitet daraus logischerweise ab, daß es auf dieser Ebene »keinen wesentlichen Widerspruch zu den anderen nationaldemokratischen Kräften nichtmarxistischer Couleure« gebe, mit denen man sich im geplanten kurdischen Nationalkongreß zusammenzufinden gedenkt.

¹⁶ zur Agrarstruktur der gesamten Türkei vgl. u.a. Caglar Keyder: Die Agrarstruktur, in: Ömer Seven (Hrsg.): Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie, Hamburg 1984, S. 89-130

sich die PKK offiziell immerhin positiv bezieht, in einem Land statt, in dem nur 5% der Bevölkerung zur industriellen Arbeiterklasse gehörten. Wenn jedoch Kurdistan feudalistisch wäre, wo käme dann die Arbeiterklasse, vor allem als führende Kraft der Revolution her, deren Partei die PKK zu sein vorgibt? Im Zeitalter des Imperialismus steht alleine der Sozialismus als historisch progressive Produktionsweise auf der Tagesordnung und keine Form der bürgerlichen Revolution.

Wie es scheint liegt der Bestimmung der PKK als "Arbeiterpartei" eine andere Konzeption als die klassische der Aufgabe der Organisation des Klassenkampfes zugrunde. Die PKK sieht ihrem Programm zufolge in der kurdischen Arbeiterklasse den Kern der nationalen Bewegung gegen die kolonialen Kräfte außerhalb und innerhalb Kurdistans. Sie bestimmt die Feinde des kurdischen Volkes als die herrschende - bourgeoise - Klasse der Türkei und alle mit dieser kollaborierenden sozialen Kräfte in Kurdistan. Diese sind insbesondere die kurdischen Großgrundbesitzer und die "Kompradourbourgeoisie"¹⁷. Verbündete des Proletariats in der "demokratischen Volksdiktatur" sind alle "patriotischen" Klassen, Schichten und Personen¹⁸. Das ist jedoch kein Klassenkriterium, sondern ein rein politisches. Alle historische Erfahrung zeigt, daß davon auszugehen ist, daß sich mit den Erfolgen des nationalen Befreiungskampfes die Zahl nunmehr "patriotischer" einheimischer Ausbeuter und Unterdrücker inflationär vergrößern wird.

Zur ökonomischen Basis des freien Kurdistans heißt es im Programm¹⁹, daß a) der gesamte kolonialistische Besitz und b) der gesamte Besitz aller Landeigentümer konfisziert und - im Falle des Landeigentums - an Bauern mit wenig oder gar keinem Land verteilt werde. Was die einheimischen Landbesitzer betrifft, so werden jedoch die "patriotischen" unter ihnen - d.h. in der Praxis wahrscheinlich diejenigen, die die PKK unterstützen - nicht völlig enteignet und überdies (das Programm spricht hier nebulös nur von "durch Vereinbarungen") wohl entschädigt. Das Programm äußert sich nicht genau zum Eigentum der kurdischen Industrie- und Handelsbourgeoisie außer auf S.47, wo die staatliche Unterstützung für Privatinitiativen, die der Gesellschaft nützlich sind, betont wird. In dieser Hinsicht ist demnach Raum für eine Wirtschaftsstruktur, wie sie in vielen Staaten der 3. Welt lange bestand und mit abnehmender Tendenz weiter besteht (z.B. Türkei, Irak, Algerien etc.)

Es werden alle politischen Rechte allen "patriotischen" Kräften zugestanden²⁰. Da die Begründung für die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution Kurdistans ausschließlich die der Kollaboration der kurdischen (feudalen und kompradorhaften) herrschenden Klassen mit der Fremdherrschaft und die mangelnde Entwicklung einer kurdischen "nationalen" Bourgeoisie (S.42 f.) ist, kann davon ausgegangen werden, daß spätestens nach der Übergangszeit der "Arbeiter- und Bauernregierung" die "patriotische" Bourgeoisie wichtiger Bestandteil der "demokratischen Volksdiktatur" (S.45) sein wird.

Dazu folgendes: Die Strategie der "Arbeiter- und Bauernregierung" in Abgrenzung zur "Diktatur des Proletariats" wurde von den Bolschewiki bis zu dem Zeitpunkt vertreten als Lenin mit den Thesen vom April 1917 auf die Machtübernahme des Proletariats orientierte. In der Tat war die ursprüngliche Lenin'sche These berechtigt gewesen, da die Bourgeoisie bis zum ersten imperialistischen Krieg noch eine historisch fortschrittliche Klasse gewesen war. Die neue These Lenin's ging von der von Trotzki schon seit 1905²¹ bestrittenen Fä-

¹⁷ wie Anm.1, Seite 43

¹⁸ ebda., Seite 47

¹⁹ ebda., Seite 45f.

²⁰ ebda., Seite 46

²¹ s. Leo Trotzki: "Die permanente Revolution", Fm., 1981

higkeit der Bauern aus, eine eigenständige organisierte Kraft zu sein. Anders als die Menschewiki, die von einer "bürgerl.-demokr. Revolution" auf der Basis eines Bündnisses zwischen "liberaler Bourgeoisie" und Arbeiterklasse ausgingen, waren die Bolschewiki bis dahin der Meinung, die Bourgeoisie sei zu einer solchen Revolution nicht in der Lage und diese könne nur zusammen mit der Bauernschaft durchgeführt werden. Nach der Revolution würden sich die Bauern entsprechend ihren bürgerlichen Klasseninteressen mit der Bourgeoisie verbünden und eine mehr oder weniger konservative bürgerliche Herrschaft errichten. Sie - die Bolschewiki und überhaupt die proletarischen Parteien - würden dann in der Opposition weiterwirken. Die "Arbeiter- und Bauernregierung" ist somit historisch kein Bindeglied zur sozialistischen Gesellschaft. Die "demokratische Volksdiktatur" scheint demgegenüber ein noch breiteres Bündnis darzustellen und zwar ein Bündnis, das im "Programm" (S.44) so beschrieben wird "nationale Einheitsfront aus Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Patrioten aus anderen Klassen und Schichten", also eine wahre "Volksfront" aller nationaler Kräfte.

Ein solches Bündnis schließt demnach widersprüchliche bzw. sogar antagonistische Klasseninteressen ein und kann deshalb nicht Basis eines funktionierenden Staates sein, der stets organisierter Ausdruck und Instrument von Klassenherrschaft ist. Die PKK wird sich letztlich über kurz oder lang für eine der in Hinblick auf ihre sozialen Interessen gegensätzlichen Klassen zu entscheiden haben. Ihrem Programm zufolge müßte sie sich für die Arbeiterklasse als führender Klasse entscheiden. Sie setzt sich jedoch mit der Arbeiterklasse gleich. Die Tatsache der Gleichsetzung ergibt sich letztlich daraus, daß das Programm keine Aussagen dazu enthält, daß die Basis der Diktatur des Proletariats nicht etwa die Herrschaft der führenden Partei ist, sondern die der von der Partei unabhängigen Räte, innerhalb derer sich die Partei politisch (und nicht administrativ) durchsetzen muß (und zwar in Konkurrenz zu anderen Arbeiterparteien und -Strömungen). Da die PKK aber - wie gezeigt wurde - politisch gar keine proletarische Klassenpartei ist, sondern eine nationalistische, wird für die staatliche Herrschaft nicht das Klassenkriterium ausschlaggebend sein, sondern die politische Anerkennung der PKK und ihres Führers. Die Herrschaft in einem kurdischen Staat dieser Art wird in der Hand der PKK liegen, die eine staatskapitalistische Modernisierung einzuleiten versuchen wird, innerhalb derer die ökonomische und politische Stellung der Individuen im Rahmen der Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie von ihrer politischen Unterstützung der PKK abhängen. Der Staatssektor wird die Aufgaben übernehmen, zu denen die schwache Bourgeoisie noch nicht in der Lage ist. Diese Gesellschaft wird sich nach der Schaffung der notwendigen Infrastruktur durch den Staat gesetzmäßig immer stärker zu einer privatkapitalistischen entwickeln und über vielfältige Wege die soziale Integration von Bürokratie und Privatbourgeoisie vorantreiben. Die von der PKK angestrebte nationale Unabhängigkeit ist in diesem Rahmen im ökonomischen Bereich illusorisch solange Kurdistan integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltmarktes bleibt oder gar reaktionär, wenn versucht wird, einen autarken nationalen Staatskapitalismus zu schaffen (vgl. etwa Burma, Albanien). In diesem Rahmen kann überdies keine soziale Befreiung der Arbeiterklasse stattfinden, die ohnehin nur das Werk dieser Klasse selbst, nicht aber einer paternalistischen Avantgarde sein kann, umso weniger, wenn diese die Klasseninteressen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie überhaupt nicht in den Mittelpunkt ihres Kampfes stellt. Es handelt sich hier auf dem Boden einer Gesellschaft, in der das Proletariat weiter Ausbeutungsobjekt ist, um eine Gesetzmäßigkeit, die auch überhaupt nicht durch die anti-bürokratischen Versprechen aufgehoben werden kann,

die Öcalan beispielsweise gegenüber seinen Gesprächspartnern aus der Solidaritätsbewegung abgab.

Gefragt nach der Rolle der PKK in einem "befreiten Kurdistan" antwortete A. Öcalan: *»Ich lege den Schwerpunkt auf eine Politik, die auf das Absterben der Partei hinausläuft ... Immer können Bürokraten und Diktatoren entstehen, auch heute. Um das zu verhindern, versuche ich die Partei zu 'verparteilosens... Sobald wir einen Staat haben, werden wir beginnen, eine Politik zu entwickeln, die auf die Überwindung des Staates hinausläuft, auf sein Absterben.«*²² Während diese Aussage sich als Musterbeispiel basisdemokratischen Denkens, das sich überdies noch auf den Marxismus stützen zu können scheint, bei europäischen Linken besonderer Beliebtheit erfreut, stellt sie - im Kontext gesehen - in Wirklichkeit einen Bruch mit dem Marxismus dar. In der Tat wird hier die theoretische Grundlage - sieht man einmal davon ab, daß die PKK wie gesagt gar keine Arbeiterpartei ist - dafür gelegt, daß in der angestrebten Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln - ganz zu schweigen vom staatskapitalistischen Eigentum - ja gar nicht aufgehoben werden soll, die einzige Klasse, die objektiv an dieser Aufhebung ein Interesse hat und die alleine daher das Subjekt der sozialistischen Revolution ist, ihres wichtigsten Werkzeuges zur Durchführung dieser Revolution, der Partei, beraubt werden kann. Die Arbeiterklasse wird dadurch auf den Stand eines atomisierten Ausbeutungsobjektes zurückgeworfen, da ihr ihre Avantgarde als organisatorischer Ausdruck ihres revolutionären Klassenbewußtseins genommen wird. Leo Trotzki schrieb dazu: *»Wenn die Reaktion fordert, man möge die Interesse der "Nation" über die Klasseninteressen stellen, sagen wir Marxisten, daß unter dem Schein der Interessen des "Ganzen" die Reaktion die Interessen der Ausbeuterklasse verteidigt. Die Interessen der Nation lassen sich nicht anders formulieren als unter dem Gesichtspunkt der herrschenden Klasse oder der Klasse, die die Herrschaft anstrebt. Die Interessen der Klasse lassen sich nicht anders formulieren als in Gestalt eines Programms; das Programm läßt sich nicht anders verteidigen als durch die Schaffung einer Partei. Die Klasse an sich ist nur Ausbeutungsmaterial. Die selbständige Rolle des Proletariats beginnt dort, wo es aus einer sozialen Klasse an sich zu einer politischen Klasse für sich wird. Das vollzieht sich nicht anders als durch Vermittlung der Partei. Die Partei ist das historische Organ, durch dessen Vermittlung die Klasse zum Selbstbewußtsein kommt. Zu sagen: "Die Klasse steht höher als die Partei" - heißt behaupten: Die urwüchsige Klasse steht höher als die zu Bewußtsein gekommene Klasse. Das ist nicht nur falsch, sondern auch reaktionär«*²³. Das Programm der Schwächung der Partei macht nur Sinn auf der Basis der Aufhebung der Klassen, die aber im Programm der PKK noch lange nicht vorgesehen ist und nur im Weltmaßstab durchführbar ist. Ohne diese Aufhebung bedeutet die Auflösung der Partei die Zementierung der Klassenspaltung. Der Publikumserfolg, den ein solches Versprechen hat, erklärt sich aus den Erfahrungen mit reformistisch und stalinistisch-definierten bürokratischen Arbeiterparteien, d.h. mit Parteien der Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Kritiken der PKK an der Außenpolitik der "realsozialistischen Länder" sind auf diesem Klassen-Hintergrund im wesentlichen das Ergebnis der Tatsache, daß diese den nationalen Kampf der PKK aus engen Staatsinteressen nicht unterstützen. Trotz entsprechender marxistisch-leninistischer Verweise haben sie im Kern mit dem "proletarischen Internationalismus" nichts zu tun, da die PKK keine Klassenorganisation ist.

²² wie Anm. 3, Seite 34

²³ Leo Trotzki: "Was nun?", Prinkipo 1932

Der endgültige Zusammenbruch des staatlich organisierten Stalinismus hat die kleinbürgerlichen nationalen Befreiungsbewegungen weltweit ideologisch noch weiter nach rechts getrieben. In den letzten paar Jahren ist so eine nach der anderen dieser angeblich oft marxistisch-leninistischen Organisationen mehr oder weniger offen von dieser ideologischen Front desertiert.

Im Irak hat sich die "Marxistisch-Leninistische Liga Kurdistans" nachdem sie sich zunächst in "Liga der Werktätigen Kurdistans" umbenannt hatte, schließlich einfach in Talabani "Patriotischer Union Kurdistans" (PUK) aufgelöst. Die PUK, die in den späten 70er Jahren auf der Grundlage einer linken Kritik an der DPK und ihrer notorischen Beziehungen mit den iranischen Regimen, der US-amerikanischen CIA und der türkischen MIT aufgebaut wurde, hat die Seite völlig gewechselt, insbesondere seit Saddam Hussein in einen offenen Konflikt mit den USA und ihren Verbündeten geraten ist (Ende 1990, Anfang 1991).

Das war auch die Gelegenheit für alle bis auf eine der Parteien in Türkisch-Kurdistan, sich hinter die irakische "Kurdistan Front" (DPK, PUK u.a.) zu stellen und die Unterstützung aller möglichen politischen Kräfte zu suchen, die sie nicht lange zuvor noch als "imperialistisch" bezeichnet hätten. Das gilt sowohl für die Enver Hodscha-Anhänger der "Kawa" als auch für die verschiedenen Moskau-orientierten Parteien, die allerdings ihren Weg zurück zu einem sozialdemokratisch gefärbten Nationalismus schon im Zuge des Aufkommens des Gorbatschowismus gefunden hatten.

Die einzige Organisation, die damals nicht willens zu sein schien, diesem Trend zu folgen, ist die PKK. Das schien wichtig zu sein, da sie die einzige reale Kraft im Land selbst war und ist. Anders als der Rest der Gruppen war die PKK nicht von der reformistischen türkischen Linken oder der bürgerlichen DPK der Türkei gekommen, sondern von der "Dev-Genç". So war es denn auch nicht überraschend, daß sie es war, die 1984 den bewaffneten Kampf gegen die türkische Armee in Kurdistan eröffnete, einen Kampf, von dem die übrigen seit vielen Jahren nur redeten. Während des 2. Golfkriegs rief sie zu einem gemeinsamen Kampf der arbeitenden Massen im Nahen Osten gleichermaßen gegen den "US-Imperialismus" und seine Verbündeten - mit der namhaften Ausnahme Syriens, von dem sie taktisch unterstützt wird - und gegen das Saddam-Regime auf. Auf der Ebene des nationalistisch begründeten Antiimperialismus machte also alleine die PKK ihrer Tradition Ehre. Auf der Ebene des sozialen Kampfes ist allerdings all ihre "marxistische" - in der Tat stalinistische - Rhetorik inzwischen im Mülleimer gelandet - zumindest soweit es ihren "Vorsitzenden Apo" anbelangt.

Nach der Klassenbasis des Befreiungskampfes befragt, sagt Abdullah Öcalan im August 1991²⁴ nun, daß Klasse nicht besonders wichtig und auch vom Sozialismus zu erst genommen worden sei und daß er vorallem nicht soviel von der Arbeiterklasse reden wolle, die ohnehin einer der opportunistischsten Teile der Bevölkerung - mit anderen Worten: nicht besonders nationalistisch - sei. Der von Öcalan immer noch lauthals verkündete "revolutionäre Sozialismus" ist so zu einem rein idealistisch begründeten Humanismus geworden und damit jedem Bezug auf den Marxismus entzogen. 1989 hatte die PKK hingegen noch richtigerweise, wenn auch im Gegensatz zu ihren sonstigen Positionen zur Arbeiterklasse, verkündet: *»Alle Führungen, die nicht die Führungen des Proletariats sind, welche Ziele sie auch immer aufstellen mögen, scheuen sich am Ende nicht, ohne mit der*

²⁴ wie Anm. 3, Seite 31

*Wimper zu zucken, die Werte des Volkes zu verkaufen, so wie es die Barzani getan haben. Denn es ist diesen Klassen nichts wert, sich aus den Schlingen des Imperialismus und der Reaktionäre der Welt, in der sie gefangen sind, zu befreien. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum das kurdische Volk, das in der Geschichte ständig Verrat und Kapitulation erfahren hat, diese Wahrheit nicht leichter begreifen sollte als jedes andere Volk».*²⁵

Die historische Rolle der PKK besteht darin, als aufgrund ihrer Klassenbasis (Kleinbauern, Kleinbourgeoisie, marginalisierte Schichten) außerhalb der traditionellen Eliten Kurdistans stehende militanteste nationalistische Organisation das Selbstbewußtsein der Kurden als Kurden und damit einen wichtigen Beitrag für den Kampf gegen die brutale Ausbeutung und militärische Unterdrückung zu leisten, der das kurdische Volk durch den vom Imperialismus unterstützten türkischen Kolonialismus unterworfen ist, keineswegs jedoch darin, das Klassenbewußtsein des kurdischen Proletariats gegenüber der existierenden und zukünftigen kurdischen Bourgeoisie zu entwickeln. So waren schließlich auch die Kämpfe, die sich die PKK vor 1980 mit gewissen kurdischen Großgrundbesitzern etwa im Gebiet Siverek-Hilvan lieferte, ihrem sozialen Inhalt nach keine Klassenkämpfe, sondern nationalistische Kämpfe, führten sie doch Angehörige "patriotischer" Stämme gegen staatstreue Aghas in die Schlacht.

Darüber hinaus richtet sich der nationale Befreiungskampf der PKK politisch gegen die herrschende Klasse der Türkei als einer wichtigen lokalen Stütze des Imperialismus. Ein Sieg der PKK würde die nationale Frage des kurdischen Volkes in Nordwest-Kurdistan lösen und die imperialistischen staatlichen Strukturen in der Region destabilisieren. Er würde außerdem die türkische Bourgeoisie schwächen und damit möglicherweise die Chancen für eine proletarische Revolution in der Türkei verbessern. Ein Sieg der PKK würde hingegen keinen Arbeiterstaat «Kurdistan» schaffen und damit auch keine Basis für ein sozialistisches Kurdistan als unverzichtbare Voraussetzung für ein vom Imperialismus ökonomisch unabhängiges Kurdistan. In der Tat hat die Abwendung von den letzten Resten materialistischen Denkens schon jetzt auf theoretischem Gebiet das Tor für die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus geöffnet. Generalsekretär Öcalan macht das in seinem Interview deutlich, wenn er ausdrücklich den imperialistischen Charakter der BRD leugnet und die Meinung vertritt, daß die noch bestehenden negativen Aspekte der deutschen Politik gegenüber der Kurdenfrage durch ein Gespräch zwischen ihm und Außenminister Genscher zu beheben seien. Hintergrund dieser «Theorie» ist die sozialdemokratische Vorstellung vom Imperialismus als einer nicht ökonomisch gesetzmäßig aus der Konzentration des Kapitals hervorgehenden schlechten Politik. Der soziale Hintergrund dieser jüngeren Entwicklung auch der PKK dürfte ein zweifacher sein: Auf der einen Seite hat der Erfolg des bisherigen Befreiungskampfes der PKK neue - bürgerliche - Schichten zu Gunsten der nationalen Bewegung aktiviert und damit die soziale Zusammensetzung dieser ursprünglich stark marginalisierte Intellektuelle und subproletarische Schichten geprägten Organisation verändert oder zumindest den ideologischen Druck auf ihre Kader erhöht. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, daß die PKK, die für dieses Jahr die Bildung einer "Kriegsregierung" in der Region Botan-Behdinan angekündigt hat, die Bildung eines unabhängigen kurdischen Staates als eine realistische Möglichkeit betrachtet und sich darauf vorbereitet, einen solchen Staat im Rahmen der herrschenden kapitalistischen ökonomischen und politischen Strukturen aufzubauen. Dieser Perspektive entspricht der zu verzeichnende "Realismus" ebenso wie die frühere "Radikalität" der Kampfphase entsprach, in

²⁵ 'Kurdistan Report' Nr. 28, Köln, November 1989, Seite 31

der sie sich gegen konkurrierende Kräfte innerhalb des nationalistischen Lagers durchsetzen und angesichts der umfassenden Repression überhaupt den Kern ihrer Organisation aufbauen und verteidigen mußte. Der "Antiimperialismus" der PKK ist daher wie der aller nicht-proletarischer revolutionärer Organisation wesentlich ein konjunktureller. Er ist letztlich davon abhängig, wie weit "der Imperialismus" oder einzelne imperialistische Staaten auf die Avancen des kleinbürgerlichen Nationalismus eingehen.



Es ist kein Wunder, daß insofern als "Antiimperialismus" oder auch nur schierer Nationalismus die treibende Kraft hinter dem größten Teil der Linken in der Region war und ist, sie die Art von "Marxismus" übernahmen, die am besten zu ihren Zielen paßte: den Stalinismus. Indem sie das taten, hofften sie instinktiv, die Unterstützung des Stalinismus an der Macht, vor allem also der Regierung der UdSSR, zu erwerben. Mit dieser Ideologie - dem "revisionistischen" Stalinismus der KPdSU oder in geringerem Maße dem "linken" Stalinismus Maos und später Enver Hodschas - hatten sie die ideologischen Werkzeuge bei der Hand, um sich auf das Proletariat und die armen Bauern zu beziehen und sie der kurdischen Elite entgegenzusetzen, die die Nationalbewegung bis dahin geführt hatte. Gleichzeitig konnten sie es so vermeiden, von der Herrschaft der Arbeiterklasse zu sprechen, da sie alle strategisch als erste Etappe auf die "nationaldemokratische" - d.h. eine bürgerliche - Revo-

lution abzielten. Und diese würde es natürlich den kleinbürgerlichen Kadern dieser Organisationen erlauben, die herrschende Bürokratie in einem "sozialistischen", in Wirklichkeit jedoch staatskapitalistischen Kurdistan nach dem Vorbild solcher Diktaturen wie des baathistischen Syriens, Algeriens oder des nasseristischen Ägyptens zu werden. Ob ein Sieg der PKK ohne eine proletarische Revolution in der gesamten Türkei und darüberhinaus in der Region überhaupt möglich ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Sozialisten unterstützen deshalb der nationalen Befreiungskampf in Kurdistan, insofern als dieser Kampf die nationale Selbstbestimmung zum Ziel hat und den Subimperialismus der Türkei und den hinter ihr stehenden Imperialismus schwächt. Das erleichtert überdies dem kurdischen Proletariat die Erkenntnis ihres Klassenfeindes. Insofern als es aus verschiedensten Gründen bis heute in Nordwest-Kurdistan keine revolutionäre proletarische Klassenpartei von Bedeutung gibt, unterstützen Sozialisten heute auch speziell den Kampf der PKK. Sie bekämpfen sie politisch in dem Maße, wie sie die Organisation von Elementen der künftigen proletarischen Klassenpartei zu verhindern sucht.



Antifaschistischer Kampf und Einheitsfront

Kritik des gemeinsamen Aufrufs der "Bundesplattform gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" (BRA)

Da wir als revolutionäre Marxisten den Kampf gegen das weitere Wachsen faschistischer Kräfte weltweit und als in der BRD arbeitende Gruppe insbesondere hier für eine zentrale Aufgabe im Interesse der Entwicklungsmöglichkeiten des Klassenkampfes und damit der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Menschheit überhaupt halten, begrüßen wir im Prinzip jedes Bemühen, die notwendige Einheit auf einen aktiven Kampf gerichteter antifaschistischer Kräfte herzustellen. Wir haben uns in diesem Zusammenhang auch mit dem »Gemeinsamen Aufruf« der BRA beschäftigt. Dabei sind wir jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Initiative zwar augenblicklich trotz ihrer Begrenztheit positiv erscheint, in Hinblick auf die unerläßliche Weiterentwicklung der antifaschistischen Bewegung jedoch die negativen Aspekte überwiegen. Wir möchten die wichtigsten Kritikpunkte nennen: Der Aufruf enthält zum einen eine Reihe sachlicher Fehler, zum anderen aber - und das ist ausschlaggebend - hat er eine strategisch falsche, weil sektiererische, Perspektive.

Beide Aspekte haben eine gemeinsame Grundlage. die tendenzielle Unfähigkeit der Autoren - überwiegend deutsche Autonome und Stalinisten, türkische Stalinisten und moderne Volkstümler - das Spezifische des Faschismus zu verstehen und ihn trotz des fließenden Übergangs begrifflich eindeutig vom bürgerlich-demokratischen Staat zu unterscheiden.

So scheint es denn kein Ausrutscher zu sein, wenn es im "Aufruf" heißt, daß es in der ausländerfeindlichen Position der hiesigen Parteien nur graduelle Unterschiede gebe. So sehr das zweifellos für die bürgerlich-demokratischen Parteien, von der SPD über die FDP zur CDU/CSU, gilt, so wenig trifft es für die faschistischen Parteien (DVU, REPS, NPD, FAP etc.) zu. Angesichts der vielfältigen Verletzungen von Humanität, Gerechtigkeit, der

selbst erhobenen demokratischen Ansprüche und der Vielfältigkeit repressiver Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer nationalistischen Klasseninteressen durch die bürgerlich-demokratischen Parteien liegt es auf der Hand, den zentralen Unterschied zum Faschismus, den man noch nicht selbst an der Macht gesehen hat, unterzubewerten. Die zentrale Mission des Faschismus als letzter Zuflucht der Bourgeoisie in Krisenzeiten ist jedoch die, jegliche Organisation der Arbeiterklasse oder im weiteren alle Kräfte, die sich seiner imperialistischen Agressionspolitik entgegenstellen, und keineswegs nur die revolutionären gewaltsam zu liquidieren. Im faschistischen Staat gibt es keine linken Buchläden, keine Infoläden und vor allem keine Gewerkschaften und keine Oppositionsparteien. Und diese Situation setzt der Faschismus durch, indem er zunächst das von der kapitalistischen Krise an die Wand gedrückte Kleinbürgertum und sozial benachbarte lumpenproletarische Elemente auf der Straße mobilisiert. Der Faschismus hat eine militante Massenbasis, die er in den Vernichtungskrieg gegen seine Gegner führt. Die Autoren des 'Aufrufes' sind sich jedoch dieses Unterschieds zum 'normalen' - auch dem autoritären - bürgerlichen Staat nicht bewußt. Soweit sie einen mao-stalinistischen Hintergrund haben, haben sie sich ideologisch noch immer nicht vom ultralinken Kurs der 'Dritten Periode' (1928-34) und der 'Theorie' des Sozialfaschismus verabschiedet, soweit sie platte Volkstümler sind, haben sie ohnehin nichts, was Anrecht auf den Begriff 'Theorie' hätte. Diese Grundposition findet sich im Aufruf auch darin wieder, daß die normalen Vorhaben des deutschen Imperialismus dadurch als faschistisch gekennzeichnet werden, daß sie als Fortführung der Pläne des Hitlerfaschismus bezeichnet werden. Aus dieser Perspektive heraus erklärt sich denn auch die Behauptung, die herrschende Bourgeoisie der BRD plane, in andere Länder einzumarschieren. Darauf jedoch gibt es heute keinerlei Hinweis, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß die Bourgeoisie solche Pläne nicht in Angriff nehmen wird, sobald sie dafür die Notwendigkeit und Möglichkeit gekommen sieht.

Schließlich wird die für die politische Praxis in der BRD überaus wichtige Grenze zwischen bürgerlich-demokratischem Staat, der - weil er eben ein Staat ist - immer die Aufgabe hat, die Rahmenbedingungen für die herrschende - hier kapitalistische - Produktionsweise zu gewährleisten und dabei Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse ist, und einem faschistischen Staat verwischt, wenn der Sturz der Bourgeoisie zur Voraussetzung für die effektive Bekämpfung des Faschismus hier und heute erklärt wird. Natürlich kann die Gefahr des Faschismus letztlich nur durch die Abschaffung des Kapitalismus gebannt werden. Innerhalb des Kapitalismus hat jedoch die Arbeiterbewegung und jede andere - im übrigen letztlich nur insoweit als sie sich auf die Arbeiterklasse bezieht revolutionäre - Bewegung auch zwischen dem (bürgerlich-demokratischen und reformistischen) Feind zu wählen, der sie mit einem langsam wirkenden Gift bewegungsunfähig machen will, und dem faschistischen Feind, der sie auf der Stelle erschießen will.

Der Kampf gegen den Faschismus hat deshalb zwei Voraussetzungen: 1. Er muß aktionsorientiert sein und die Faschisten daran hindern, sich über öffentliches Auftreten zu organisieren. In dieser Hinsicht unterstützen wir den Aufruf der BRA und nennen etwa den Aufruf der SPD gegen die FAP-Demonstration am 8.2. in Bonn einen erbärmlichen Versuch, sich ein antifaschistisches Alibi zuzulegen. Wir haben uns deshalb auch zusammen mit einem Teil der BRA an der erfolgreichen Aktion gegen die FAP beteiligt. 2. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur erfolgreich auf der Basis der Mobilisierung aller Antifaschisten sein. Der Aufruf jedoch, der das zwar auch fordert, macht den Kampf gegen die herrschende Klasse praktisch zu einer Voraussetzung für die antifaschistische Einheitsfront. Er schließt damit alle jene aus, die noch Illusionen in die bürgerliche Demokratie

haben und verfestigt diese Illusionen, weil er sie um die illusionszerstörenden eigenen Erfahrungen im antifaschistischen Kampf bringt. Er ist, indem er das Lager der Antifaschisten auf jene begrenzt, die gleichzeitig gegen den (bürgerlichen) Staat überhaupt sind (d.h. auf das marginale Grüppchen von revolutionären Sozialisten und Anarchisten), objektiv defätistisch, weil er die Niederlage der Antifaschisten so bereits impliziert. Aktuell mag das nicht von großer Bedeutung sein, weil die 'linken' Kräfte offensichtlich noch ausreichen, um mit den faschistischen Banden auf der Straße fertig zu werden. Eine Plattform als Grundlage einer ernsthaften Politik darf jedoch eine Zukunft, die oft schneller als befürchtet eintreten kann, nicht ignorieren.

Die ISI hofft deshalb darauf, daß die Träger des Gemeinsamen Aufrufs sich möglichst bald von dieser sektiererischen Perspektive lösen und eine engere Zusammenarbeit mit allen ermöglichen, die den Faschismus dort bekämpfen wollen, wo er sein Haupt erhebt. Eine solche Aktionseinheit schließt selbstredend die Freiheit der weitergehenden Propaganda der beteiligten Organisationen ein, einer Propaganda, die jedoch erst dann gesellschaftliche Wirkung zeigen kann, wenn andere - auch reformistische - Kräfte in eine aktive Politik gegen die Faschisten einbezogen werden und dabei mit der gesellschaftlichen Realität des Zusammenspiels von Faschisten und staatlichen Repressionsorganen und der Sabotagepolitik der Führungen reformistischer Organisationen (SPD, DGB, udgl.) konfrontiert werden. Es muß deshalb auch eine deutlichere Trennlinie gezogen werden zwischen dem Kampf gegen den 'Rassismus', in Hinblick auf den die Unterschiede zwischen den Führungen der bürgerlich-demokratischen Parteien von SPD bis CSU und den faschistischen Organisationen gegen Null tendieren, und dem Kampf gegen den Faschismus, der nicht auf seinen 'rassistischen' oder völkischen Aspekt beschränkt werden kann. Ein solches Bemühen um Aktionseinheit muß glaubwürdig sein und darf deshalb nicht vor der von den reformistischen Massen noch anerkannten Führungen haltmachen, die allerdings erfahrungsgemäß ablehnen werden, damit aber im Falle eines ernsthaften Angebots auf Zusammenarbeit gegenüber ihrer eigenen Basis in Bedrängnis geraten und damit deren Lern- und Ablösungsprozeß fördern.

Erfolg im Antifakampf

Am 8. Februar 1992 wollten 70 FAP'ler durch Bonns Straßen marschieren. Obwohl der Termin nur 2 Tage vorher bekannt wurde und daher nur mit Mund-zu-Mund - Propaganda gegenmobilisiert werden konnte, stoppten 500 Antifaschisten nach 200 Metern den braunen Mummenschanz. Der SPD-Polizeipräsident wollte den Nazimarsch nicht verbieten, da die "FAP als nicht verbotene Partei das grundsätzlich garantierte Recht auf 'freie' Meinungsäußerung" genießt.

Die Anti-Faschisten erkämpften sich aber die Straße., und die Stiefelnazis hätten nur marschieren können, wenn die bürgerliche Polizei die Straße freigeknüppelt hätte. Diesen Dienst wollte die Staatsmacht der FAP zur Zeit nicht leisten, besonders nicht in Bonn, wo die ganze Welt viel deutlicher hinschaut. Die Antifademo hat den richtigen Schritt gezeigt: Nicht auf die Staatsmacht warten, daß sie den Faschisten die Grenze zeigt. Auch wenn jetzt viele Politiker Krokodilstränen über die Überfälle auf Asylheime vergießen, sie werden den braunen Spuk nicht beenden. Das Kapital braucht die Nazis als Reservarmee falls das bürgerliche Parlament den künftigen Kampf der Arbeiter gegen die sich zuspitzende Weltkrise nicht in den Griff bekommen wird. Außerdem sind sie natürlich im Kampf gegen die Linke und bei der Spaltung der Arbeiterklasse auch heute schon recht willkommen.

Das Bonner Beispiel sollte Schule machen und den Antifaschisten bundesweit Auftrieb geben, sich selber den Nazis entgegenzustellen und deren Offensive endlich zu beenden.



Verbrechen im Kapitalismus

- Norbert Nelte -

Die Moral

Die herrschende Meinung über das Wesen eines Verbrechers definiert sich nach den 10 Geboten der Bibel. Dem Menschen wird gelehrt, daß es ewig gültige moralische Verhaltensweisen gäbe. Diebstahl ist immer, auch wenn es in der überwiegenden Geschichte der Menschheit gar kein Privateigentum gegeben hat, ein Verbrechen. Ehebruch ist immer Ehebruch, auch wenn die Ehe auf Lebenszeit erst seit wenigen tausend Jahren geschlossen wird, und Mord ist immer Mord, obwohl die Zeit des Kannibalismus noch nicht lange her ist und heute der staatliche Massenmord etwa im Krieg sanktioniert ist.

Die Herrschenden möchten den Menschen im Glauben lassen, daß bestimmte Handlungsweisen unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen immer zu verurteilen sind, als ob es Gesetze gebe, die schon vor dem Menschen da gewesen seien. Selber aber weiß die herrschende Klasse ganz genau, daß jede Zeit Ihre eigene Definition des Verbrechens kennt. So wird im Duden der Begriff "Kriminalität" mit "Umfang der strafbaren Handlungen" erklärt. Jede Gesellschaft gibt sich ihre eigenen Strafgesetze zum Schutz der ungestörten Aneignung der Privilegien der herrschenden Klassen. Es gibt keine allgemeingültige Definition des Verbrechens oder des Bösen, sondern das Verbrechen definiert sich immer nur als die Handlungsweise, die gegen die jeweils herrschende Klasse gerichtet ist.

Die Geburt des Verbrechens

- Von den Stammes- zu den Klassengesellschaften -

In den ersten 3 Millionen Jahren der Menschheit, in denen es noch keine Klassen gab, bilden Straftaten die Ausnahme. Das Interesse der Gesamtgruppe deckte sich mit dem des Individuums. Da noch kein Mehrprodukt erarbeitet wurde, konnte sich auch keine Klasse bilden, die dieses sich angeeignet hätte. Man lebte in totaler Abhängigkeit von dem, was die Natur anbot. Je mehr Mangel vorlag, umso notwendiger mußten sich autoritäre Strukturen durchsetzen. Natürlich hatte ein Häuptling in einem Mangelstamm alle Rechte, auch die u.a. der Begattung aller Frauen, die er sich aber durch Kräfteressen erkämpfen mußte. Dies wurde von den anderen Stammesmitgliedern nicht als Unterdrückung verstanden, da der Stamm nur überleben konnte, wenn die Stärksten sich nur fortpflanzten. Machte dennoch einer dem Häuptling dieses Recht streitig, dann kam es zum Kampf zwischen ihm und dem Häuptling, nicht zwischen einer Polizei und ihm. Gewann er, bekam er alle Rechte, unterlag er, dann war die Konsequenz für ihn ein natürliches Urteil. Entsprechend konnten die Urgesellschaften frei von Repressionen im Sinne von Klassenunterdrückung aufgebaut werden, wie Engels dies über die Irokesen in "Ursprung der Familie..." beschreibt:

»Und es ist eine wunderbare Verfassung in all ihrer Kindlichkeit und Einfachheit, diese Gentilverfassung! Ohne Soldaten, Gendarmen und Polizisten, ohne Adel, Könige, Statthalter, Präfekten oder Richter, ohne Gefängnisse, ohne Prozesse geht alles seinen geregelten Gang. Allen Zank und Streit entscheidet die Gesamtheit derer, die es angeht, die Gens oder der Stamm, oder die einzelnen Gentes unter sich - nur als äußerstes, selten angewandtes Mittel droht die Blutrache...«²⁶.

²⁶ MEW, Berlin 1962, Band 21, S. 95

Verbrechen gegen Individuen gibt es erst auch nur in Stämmen der Oberstufe der Barbarei, also dem Übergang zu den Zivilisationen, in denen wir die Produktion eines Mehrproduktes und die erste Arbeitsteilung, die Privatisierung und die Einführung des Vaterrechts (Vaternamenslinie) beobachten können. über den Übergang der urkommunistischen Gesellschaften zur Zivilisation bemerkt Engels:

»Die Macht dieser naturwüchsigen Gemeinwesen mußte gebrochen werden - sie wurde gebrochen. Aber sie wurde gebrochen durch Einflüsse, die uns von vornherein als ein Degradation erscheinen, als ein Sündenfall von der einfachen sittlichen Höhe der alten Gentilgesellschaft. Es sind die niedrigsten Interessen - gemeine Habgier, brutale Genußsucht, schmutziger Geiz, eigensüchtiger Raub am Gemeinbesitz -, die die neue, zivilisierte, die Klassengesellschaft einweihen; es sind die schmachlichsten Mittel - Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat., die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen. Und die neue Gesellschaft selbst, während der ganzen dritthalbtausend Jahre ihres Bestehens, ist nie etwas anderes gewesen als die Entwicklung der kleinen Minderzahl auf Kosten der ausgebeuteten und unterdrückten großen Mehrzahl, und sie ist dies jetzt mehr als je zuvor.«²⁷

Nach Engels entwickelt sich die Gentilgesellschaft in der Oberstufe der Barbarei zur »militärischen Demokratie«, und zwar deshalb

»...Militärisch - denn der Krieg und die Organisation zum Krieg sind jetzt regelmäßige Funktionen des Volkslebens geworden. Die Reichtümer der Nachbarn reizen die Habgier von Völkern, bei denen Reichtumserwerb schon als einer der ersten Lebenszwecke erscheint. Sie sind Barbaren: Rauben gilt ihnen für leichter und selbst ehrenvoller als Erarbeiten. Der Krieg, früher nur geführt zur Rache für Übergriffe oder zur Ausdehnung des unzureichend gewordenen Gebiets, wird jetzt des bloßen Raubs wegen geführt, wird stehender Erwerbszweig. In ihren Gräben gähnt das Grab der Gentilverfassung und ihre Türme ragen bereits hinein in die Zivilisation. Und ebenso geht es im Innern. Die Raubkriege erhöhen die Macht des obersten Heerführers wie die der Unterführer; die gewohnheitsmäßige Wahl der Nachfolger in denselben Familien geht, namentlich seit Einführung des Vaterrechts, allmählich aber in erst geduldete, dann beanspruchte, endlich usurpierte Erblichkeit; die Grundlage des Erbkönigtums und des Erbadels ist gelegt. So reißen sich die Organe der Gentilverfassung allmählich los von ihrer Wurzel im Volk, in Gens, Phratie, Stamm, und die ganze Gentilverfassung verkehrt sich in ihr Gegenteil: Aus einer Organisation von Stämmen zur freien Ordnung ihrer eignen Angelegenheiten wird sie eine Organisation zur Plünderung und Bedrückung der Nachbarn, und dementsprechend werden ihre Organe aus Werkzeugen des Volkswillens zu selbständigen Organen der Herrschaft und Bedrückung gegenüber dem eigenen Volk...«²⁸.

Die Arbeitsteilung führte zu unterschiedlichem Reichtum der Stämme. Sie führte zur Absonderung einer besonderen Schicht, die sich nicht um den täglichen Nahrungserwerb kümmern mußte und sich somit zu einer herrschenden Klasse aufschwingen konnte. Zur Absicherung ihrer Macht benötigte sie aber einen Unterdrückungsapparat, der von den übrigen Volksmitgliedern getrennt wurde und von ihnen bezahlt werden mußte. In den Urgesellschaften war es allein auf Grund fehlender natürlicher Ressourcen notwendig, diesen Mangel durch Ausweitung auf Territorien anderer Gruppen zu kompensieren. Wenn

²⁷ Ebd., S. 97

²⁸ Ebd., 9. 159

in der Zivilisation aber auch kein Mangel herrschte, reizte allein der Reichtum anderer Stämme zu Mord und Totschlag. Durch Anhäufung fremder Reichtümer konnten die Herrschenden ihre Macht gegenüber dem eigenen Volk und fremden Völkern erhalten und ausweiten. Somit konnten sie mehr Soldaten bezahlen. Es entstand ein vom Volk getrennter Repressionsapparat, der aber auch bezahlt werden mußte: aus Raub und Plünderung. Das Verbrechen erlebte seine Sanktionierung dadurch, daß der geraubte Reichtum notwendig schien zur Erhaltung des Unterdrückungsapparates gegen außen und Abtrünnige. Er wurde aber gleichzeitig eingesetzt zur Unterdrückung des eigenen Volkes.

Die Polizei wurde also nicht aufgebaut, um das Verbrechen zu verhindern, sondern das Verbrechen entstand, um im besonderen den Polizeiapparat zu bezahlen.

Das Verbrechen als Geburtshelfer des Kapitalismus

- Über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals -

Der Raub spielte nicht nur eine Rolle beim Aufbau der Klassengesellschaften, sondern eine noch viel zentralere beim Aufbau des Kapitalismus. Es herrscht der Glaube vor, daß der Aufbau der ersten Webindustrie, der großen Maschinenindustrie, des Eisenbahnnetzes und der Megametropolen durch sparsame Kaufleute und fleißige Ingenieure zustande kam. Dieses Märchen ist mit das wichtigste Lügengebäude, auf dem der Kapitalismus steht. Wer konnte die ersten Fabriken mit teuren maschinellen Webstühlen einrichten? Natürlich nur die, die schon bis dahin große Reichtümer angehäuft hatten. Die kleinen Kaufleute, die mühsam von unten anfangen zu akkumulieren, mußten gegen die Konkurrenz der Parasiten, die sich im Windschatten des Absolutismus bereicherten hatten, sofort die Waffen strecken. Dieser Reichtum war den armen Bauern und Handwerkern ausgepreßt worden und entstand auf den Leichenhaufen des Feudalismus. Viele Fürsten verkauften ihre Untertanen als Soldaten an die Franzosen, an die Engländer, die Amerikaner usw. Der Fürst von Nassau (Daher der Begriff Nassauern), der Kasseler Fürst Wilhelm und tausend andere lebten von diesem einträglichen Gewerbe.

Daraus entstanden dann auch wieder solche Reichtümer wie die der Buderus oder der Rothschild's, die beide von den Schätzen des hessischen Kurfürsten Wilhelm ihren Anteil auf legale oder illegale Weise abzweigten. Wie die Familie Thurn und Taxi über ihren Postbetrieb zu den größten Grund- und Bodenbesitzer in Deutschland werden konnte, erzählt Bernt Engelmann:

»Einmal natürlich dadurch, daß er Porti und Fahrpreise möglichst hoch, die Bezüge seiner Postbediensteten möglichst niedrig ansetzte, keine Steuern bezahlte und mit stiller Freude zusehen konnte, wie sein Unternehmen mit Gottes Hilfe auf das wunderbarste florierte; zum zweiten, indem er die Unsummen, die ihm das Postmonopol einbrachte, teils in riesigen, weitgestreuten Ländereien anlegte, die mehrere souveräne Fürstentümer und Grafschaften bildeten, wo er von seinen miterworbenen Untertanen Frondienste, Steuern und Abgaben aller Art fordern konnte, teils gegen gute Sicherheiten und hohe Zinsen an Geldbedürftige aller Stände auslieh; zum dritten aber, indem er - da die harten Strafbestimmungen der heutigen §§354 und 355 StGB, soweit sie schon damals bestanden, für ihn, einen Reichsfürsten, nicht in Anwendung kommen konnten und die Regeln des Anstands ihm davon nicht sonderlich verletzt schienen - alle seiner Post anvertrauten Briefe von einem Stab treuer Helfer in technisch hervorragend ausgestatteten »schwarzen Kabinetten« heimlich öffnen, den Inhalt prüfen und, so dies lohnend schien, auch kopieren ließ, die so gewonnene Fülle von Nachrichten auf jede erdenkliche Weise wirt-

schaftlich, politisch und gelegentlich auch in ganz privater Hinsicht für sich selbst ausgewertete und eine Auswahl von interessanten Informationen dem Kaiser in Wien und einem Kreis weiterer zuverlässiger Geschäftsfreunde im Tausch gegen Gefälligkeiten aller Art zugänglich machte. Kein Wunder also, daß die Thurn und Taxis von Jahr zu Jahr reicher wurden (wenn es auch erstaunlich bleibt, daß sie noch heute zu den reichsten Familien der Welt zählen!)...«²⁹.

Diese Schilderung veranschaulicht die kriminelle Energie, die zur Anhäufung der immensen Reichtümer notwendig freigesetzt werden mußte, und daß der nicht privilegierte normale Bürger dem nichts entgegensetzen konnte. Im Kapital begründet Marx die Entstehung des Kapitals ohne Kapitalakkumulation als notwendig:

»Indes setzt die Akkumulation des Kapitals den Mehrwert, der Mehrwert die kapitalistische Produktion, diese aber das Vorhandensein größerer Massen von Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus. Diese ganze Bewegung scheint sich also in einem fehlerhaften Kreislauf herumzudrehn, aus dem wir nur hinauskommen, indem wir eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende "ursprüngliche" Akkumulation unterstellen, eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt. Ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie. Adam biß in den Apfel, und damit kam über das Menschengeschlecht die Sünde.«³⁰

Nun darf man nicht glauben, daß mit dem Eintritt in die kapitalistische Warengesellschaft das Kapital sich plötzlich lieb und freundlich gab. Über die Zeit der ersten Maschinen sagt Engels in "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (MEW, Bd. 2), *»daß der soziale Krieg in England offen besteht«.*

Die Arbeiter wurden nicht nur legal bis aufs letzte Hemd ausgebeutet, nein, zusätzlich wurden sie mit allen vom Kapital selbst als illegal eingestuften Mitteln ausgeraubt. Der französische Historiker Louis Chevalier schreibt über die Zeit der ersten Industrialisierung:

»Von den letzten Jahren der Restauration bis zu diesen ersten Jahren des Zweiten Kaiserreiches, in denen ein monumentales Paris sich aus den Ruinen der alten Stadt erhob, war das Verbrechen eines der Hauptthemen im Rahmen dessen, was damals in Paris über Paris geschrieben wurde. Dieses Paris war vor allem kriminell, denn das Verbrechen nahm den herausragenden Platz in den täglichen Sorgen der Menschen ein. Die Furcht, die das Verbrechen weckte, war konstant. Gleichwohl erreichte sie in einigen kalten, elenden Wintern einen schrillen Höhepunkt. Wichtiger noch als die Furcht vor Verbrechen aber war die öffentliche Anteilnahme daran und an allem, was damit zu tun hatte. Das Verbrechen war nicht nur Anlaß zu Furcht und Schrecken, es war auch eine Form der Volkskultur jener Tage; es beeinflusste die Gedanken der Menschen, Ihre Vorstellungen und ihren Wortschatz, ihre Ansichten, ihr Bewußtsein, ihre Reden und Verhaltensweisen.«³¹

Mandel beschreibt diese Zeit weiter:

"Das Verbrechen entwickelte sich zunehmend zu einem kapitalistisch betriebenen Unternehmen. Noch 1850 wurden die meisten kriminalrechtlichen Urteile in Frankreich wegen Diebstahls ausgesprochen, aber um 1860 war Betrug das häufigste Delikt. Zwischen

²⁹ Bernt Engelmann "Die Aufsteiger" Göttingen 1989, Seite 35

³⁰ Karl Marx: "Das Kapital", Berlin 1974, Band 1, S 741

³¹ Zitiert nach Mandel: "Ein schöner Mord", Ffm 1987, Seite 23

1830 und 1880 stieg die Zahl der registrierten Diebstähle um 238 Prozent, der Betrugsdelikte um 323 Prozent und der arglistigen Täuschung um 630 Prozent...«³²

Die typischen Wirtschaftsverbrechen, der Betrug und die arglistige Täuschung, sind also Grundsteine des Kapitals. Sie sorgen für die notwendige Enteignung der Massen und Konzentration des Kapitals in wenige Hände, damit diese starke Schwerindustrien aufbauen können. Der entstehende Nationalstaat unterstützt begleitend die Umverteilung des Kapitals. In den Kolonien treiben die europäischen Generäle die Bauern pogromartig von ihren Feldern in die Fabriken als billige Lohnsklaven. In den Metropolen selber verelenden die Massen und der Staat schützt mit "Sozialistengesetz" und Klassenjustiz die Privilegien der Reichen.

Jegliche Auflehnung der Arbeiter wird kriminalisiert. Ich denke bei der Betrachtung dieses Arbeiterloses an eine Zeichnung aus dieser Zeit. Im Vordergrund steht ein Arbeiter vor einem Scheideweg. Die linke Abzweigung führt in die Fabrik, die in ihrem düsteren Ausmaß das schwere Los des 14-Std.-Tages erkennen läßt. Die Alternative, der rechte Abzweig führt direkt in ein kastellartiges Gefängnis. Neben dem Arbeiter steht mit ermahnendem Zeigefinger der dicke Polizist mit seiner Pickelhaube. Er steht dort stellvertretend für das Bürgertum, daß den Arbeitern nur die beiden Möglichkeiten läßt: Entweder Anpassung oder Kriminalisierung. Wenn der Arbeiter die tägliche Entwürdigung, den chronischen Geldmangel und den Raubbau an seinem Körper nicht mehr ertragen kann, dann nimmt er sich, was ihm sowieso gehört. Der Eierdiebstahl und die Zechprellerei sind auch nur Verbrechen im Sprachgebrauch der herrschenden Klasse. In Wirklichkeit sind sie der erste Versuch der Armen auf Einforderung ihrer Rechte. Politisch sind diese Versuche wirkungslos und bieten den Reichen nur Argumente für die Kriminalisierung der Armen und Verschleierung ihrer Verbrechen. Der Eierdiebstahl des Besitzlosen ist nur ein Reflex auf seine Ausplünderung durch die Besitzenden. Er ist nicht der Grund für die steigende Kriminalität und Unsicherheit in den Städten der Metropolen.

»Die erste, rohste und unfruchtbarste Form dieser Empörung war das Verbrechen. Der Arbeiter lebte in Not und Elend und sah, daß andere Leute es besser hatten als er. Seinem Verstande leuchtete nicht ein, weshalb er grade, der doch mehr für die Gesellschaft tat als der reiche Faulenzer, unter diesen Umständen leiden sollte. Die Not besiegte noch dazu den angestammten Respekt vor dem Eigentum - er stahl. Wir sahen, wie mit der Ausdehnung der Industrie das Verbrechen zunahm, wie die jährliche Zahl der Verhaftungen im steten Verhältnis zu der konsumierten Baumwolle steht.«³³

"Das Wirtschaftswunder"

- Das Verbrechen behindert die Entwicklung der Produktivkräfte -

Natürlich behindert das offene Verbrechen auch die Entwicklung der Produktivkräfte. Warum sollte man große Energien in Entwicklungen und Forschungslabors stecken, wenn der Konkurrent durch Diebstahl die gleichen Profite erzielen kann? Der Kapitalismus mußte also, nachdem die ursprüngliche Akkumulation abgeschlossen und die großen Fabriken aus dem Blut der Arbeiter errichtet waren, den Einzelkapitalisten mäßigen, um Forschungen und Entwicklungen lohnend zu machen.

³² Ebd., Seite 23

³³ MEW, Berlin 1957, Band 2, Seite 431

Statt dessen übernahm der Staat als nationaler Gesamtkapitalist das sanktionierte Verbrechen gegenüber anderen Völkern. Im internationalen Konkurrenzwettkampf verschaffte er durch militärischen Druck der heimischen Industrie Wettbewerbsvorteile. Das Verbrechen verlagerte sich von der Illegalität des Einzelkapitalisten zur Legalität des Gesamtkapitals. Kriege zerstörten Kapital oder führten den Mehrwert unproduktiven Bereichen der Rüstungsindustrie zu und verlangsamten so den tendenziellen Fall der Profitrate. Der Koreakrieg z.B. schaffte Voraussetzungen zu einem langanhaltenden Konjunkturaufschwung, und der "freie" Marktwettbewerb konnte die durch Kriege entkapitalisierten Bereiche zu einer explosionsartigen Steigerung der Produktivkräfte nutzen.

Heute aber ist die Profitrate schon so stark gefallen, daß es immer schwieriger wird, auf dem legalen Kapitalmarkt profitable Anlagemöglichkeiten zu finden. Die Weltkonkurrenz läßt kaum mehr Nischen für Sonderprofite. Das offene Verbrechen gewinnt im Spätkapitalismus für die herrschende Klasse wieder mehr an Bedeutung. Gemeint ist nicht das Verbrechen, das mit der Kalaschnikow daherkommt, sondern jenes, das sich hinter Mahagonischreibtischen und Börsenkursen versteckt.

Konzerne und organisiertes Verbrechen

- Vernunfts- oder Liebesehe? -

Für den Spätkapitalismus ist der Staatsinterventionismus ein wesentliches Merkmal. Der wachsende Zugriff des Staates auf die Wirtschaft mittels gesetzlicher Vorschriften und Steuern macht es andererseits auch immer lohnender, den Staat zu betrügen. *»Insgesamt vierhundert US-Firmen, darunter ein Drittel der fünfhundert größten, haben zugegeben, daß sie im Zeitraum von 1973 bis 1979 alles in allem 750 Millionen Dollar an Bestechungsgeldern auslegten.«*³⁴ Der Staat ist Hauptnachfrager und der Betrug fällt auf Grund der relativen Verelendung immer leichter. Das Gehalt des Staatsbeamten nimmt im Verhältnis zu den Profiten immer mehr ab.

Die Konzerne geraten international zunehmend unter Druck. Sie müssen nach anderen als die legalen Wegen suchen, um im internationalen Konkurrenzkampf mithalten zu können. Das Kapital flieht zwar vor Tumult und Streit, aber es hat

*»einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinen Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.«*³⁵

In die Ecke gedrängt wird das Kapital hier auch immer mehr seine einzige Überlebensmöglichkeit sehen. Die Grenzen zwischen legaler Ausbeutung und offenem Mord sind fließend.

Die sogenannte Wirtschaftskriminalität wird uns von den herrschenden Medien als Kavaliersdelikt verkauft. Geheime Preisabsprachen der Ölindustrie, Kalkulationsabsprachen der Bauindustrie, Industriespionage, Schwarzarbeit oder Qualitätsminderung bei Staatsaufträgen führen zu für die Konzerne lächerlich geringen Strafen. Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung in der Parteispendenaffäre wurden bis 35.000 DM wegen "Geringfügigkeit" eingestellt. Hier wird das Wesen der Klassenjustiz auch wieder überdeutlich. Ein Arbeiter,

³⁴ nach Ernest Mandel: "Ein schöner Mord", Seite 116

³⁵ Karl Marx, "Das Kapital", Frankfurt 1974, Band 1, Seite 188

der bei der Bank 35.000 DM raubt, kann mit mehreren Jahren Gefängnis rechnen. Der Weiße-Kragen-Täter bleibt unbehelligt. Die Belastung durch monopolistische Wirtschaftskriminalität belief sich in den USA Anfang der 70er Jahre auf 48 bis 60 Milliarden Dollar. Diese Summe lag sogar noch höher als der jährliche Gesamtumsatz des "organisierten Verbrechens" in den USA³⁶.

Die herrschenden Medien wollen uns glauben machen, daß es ein Untergrundbereich gibt, der seine Fäden durch Bestechungen und Morddrohungen in den sauberen legalen Bereich zieht. Da gibt es im Film den bösen Mafiosi, der den ach so schwachen aber sonst guten Politiker besticht oder den Kokainzar, der die so moralische Vatikanbank unterminiert hätte. Ebenso aber wie das Halblegale ist auch die offene Kriminalität dem Kapital nicht wesensfremd, sondern systemimmanent (In der Logik des Systems innewohnend). Das Verbrechen existiert im Interesse des Kapitals, nicht gegen sein Interesse. Siemens z.B. hat wie jeder andere Konzern 300 Milliarden US-Dollar auf dem Kapitalmarkt angelegt. Hier gibt es noch lohnende Profitraten im Gegensatz zu den arbeitsplatzschaffenden Fabriken. Kapitalmarkt heißt Anlagen im Billigschiffregister, heißt Waffenmarkt, Prostitution und Drogenhandel. Chambliss beschreibt eine Gruppe von Kapitalvertretern, deren Aufgabe es ist, solche Gelder zu kapitalisieren und den Rauschgifthandel, die Spielsalonnennahmen, die Prostitution usw. im Interesse des Kapitals zu steuern und abzuschöpfen:

»In Seattle änderte diese Gruppe von Zeit zu Zeit ihre Zusammensetzung, aber jahrelang waren in ihr der stellvertretende Polizeipräsident, der Sheriff, der Stellvertreter des Sheriffs, der Besitzer eines Bingosalons, der Besitzer einer Kneipenkette, der Stellvertreter des Staatsanwalts (Er war berechtigt, für den Staatsanwalt zu sprechen), ein Stadtratmitglied, ein Mitglied der Kreisüberwachungskommission, ein Mitglied der Staatsregierung, der Vizepräsident einer Bank, ein Rechtsanwalt und einige andere Geschäftsleute vertreten.«³⁷

Solche Vereinigungen gibt es in allen Städten der USA. Die Verbindung zwischen Kapital, Staat und Verbrechen sind aber auch aus vielen anderen Ländern bekannt. In Frankreich treibt die ehemalige Geheimarmee OAS, die sich auf Morde spezialisiert hat, nach wie vor ihr halbstaatliches Unwesen. In Italien hat die Verbindung zwischen Christdemokraten, Militär und Mafia für den Fall ihrer Machtbescheidung sogar Putschpläne ausgearbeitet.

Alle Welt weiß über das organisierte Verbrechen auch in Deutschland im Autoschiebermarkt, Rauschgifthandel, Prostitution, Waffengeschäft, Schutzgelderpressung und und und ... Nur die Polizei weiß von nichts. Der bürgerliche Journalist Lindlau befragt 1987 den Präsident des Bayrischen Landeskriminalamtes Dr. Trometer, der über die organisierte Kriminalität meint: *»Solche Erscheinungsformen gibt es bei uns nicht«*. Lindlau befragt einen saarländischen Kriminalhauptkommissar, ob er Erkenntnissen über organisierte Verbrecherbanden im Saargebiet zustimmen kann und erhält ein einsilbiges "Nein" zur Antwort³⁸. In beiden Fällen kann man davon ausgehen, daß diese feinen Herren bewußt wegschauen. Sie rühren dieses Gebiet nicht an, weil es "höheren" Interessen dient. Am 28.2.92 zitierte die ARD den Polizei-Gewerkschaftsvorsitzenden, der bessere Bezahlung für verdeckte Ermittler forderte, um sie im höheren Management der Banken und Konzerne zur Aufdeckung der Geldwaschanlagen von Rauschgift-Gewinnen einsetzen zu können. Das

³⁶ Nach Mandel: "Ein schöner Mord", Seite 117

³⁷ Chambliss: "Eine kriminelle Vereinigung", Tübingen 1978, S. 272

³⁸ Dagobert Lindlau, Der Mob, Hamburg 1989, S. 272 und 273

zeigt, daß der deutsche Staat nicht Willens ist, entsprechende Gehälter zur Aufdeckung der Geldwäscherei zu bezahlen. So titelte der Spiegel: »Die Banken spielen mit, Bonn kann sich nicht zu harten Aktionen entschließen«³⁹. Die bürgerliche Begründung des Spiegels ist natürlich nicht die Interessenlage des Kapitals, sondern, daß ein Nachweis der Geldwäscherei kaum zu führen sei.

Die kriminellen Praktiken dienen dem ersten Kapital zu seiner Anhäufung. Heute dagegen benötigt das Kapital hauptsächlich den illegalen Wirtschaftsbereich, um den Kapitalüberfluß noch lohnend investieren zu können. Dafür werden die Gewinne aus diesen Geschäften wieder sauber gewaschen. Die verschiedenen Kapitalfraktionen halten sich in Amerika ihre Politiker, diese wiederum ihre Gangster, die für die Bestreitung ihrer Wahlkampfgehalte aufkommen. Immer wenn in der USA die Regierung wechselt, wird der Kampf gegen ein anderes rauschgiftproduzierendes Land eingeläutet. Im Moment ist es Kolumbien. Sollten die "Demokraten" aber wieder ans Ruder kommen, dann wird es wieder Hinterindien sein. Noriega hat im Auftrag der CIA den Rauschgifthandel mit Kolumbien zu "Demokraten"-Zeiten durchgeführt. Erst, als er den Profit selber abschöpfen wollte, wurde das amerikanische Militär losgeschickt und 3.000 Unschuldige getötet, damit der Rauschgiftprofit wieder in US-Händen landet.

Der Rauschgiftkönig Escobar in Kolumbien wurde nicht wie seine Kulis auf der Flucht erschossen, sondern er sitzt in Luxus-Haft. Die Regierung gab extra nur für ihn 250.000 Dollar zum Umbau mit Telefonanschlüssen aus⁴⁰. Schließlich war er als Vertreter der Liberalen schon mal Abgeordneter und großer Sponsor aller Armen, richtete Fußballplätze ein und vertrat als Zeitungsbesitzer die Interessen des Kapitals. Bis 1983 gab es zwischen Regierung und Kokainbossen auch keine Probleme. In den USA hatte aber inzwischen ein Machtwechsel stattgefunden und die Anti-Rauschgift-Kampagne verlagerte sich von Hinterindien nach Kolumbien.

Der Mann der Demokraten in den USA, der für den Kokainverkauf und für die Geldwäsche zuständig war, war Meyer-Lansky. In Las Vegas kontrollierte er die Spielhallen. Nach dem Machtwechsel verlor er alles. Der Aufkäufer hieß Bebe Rebozo, der Mann der "Republikaner". Die Beispiele aus den USA sind deshalb so prägnant, weil das Geld eine wichtige Rolle spielt. »1974 geben von dreißig erfolgreichen Senatskandidaten 28 mehr Geld aus als ihre Gegenkandidaten«.⁴¹ Ein höherer Kapitaleinsatz bedeutet fast schon den Sieg. Deshalb gehen die Kapitalfraktionen und ihre Politiker so offen aggressiv bei der Geldeintreibung vor und kennen keine moralische Schranke.

Natürlich gibt es in dem sogenannten legalen Bereichen auch keine ethischen Grundsätze, zum Beispiel in der BRD bei der Parteispendenaffäre oder dem Flick-Skandal. Auch hier hat ein deshalb verurteilter Krimineller, Graf Lambsdorff, seine Zuverlässigkeit und Treue gegenüber dem Kapital bewiesen und wurde deshalb der Parteivorsitzende der Partei des Großkapitals. Großangekündigte Gesetze gegen den illegalen Waffenhandel verschwinden stillschweigend in der Schublade und wenn einer zuviel weiß und unzuverlässig werden könnte, ertrinkt er schon mal in der Badewanne.

Profit geht über Leichen

Die Herrschaftsgesellschaften haben nicht nur einen Freiraum für das Verbrechen geschaffen, sondern sie benötigen das Verbrechen und produzieren es selber. Für die Bezah-

³⁹ Der Spiegel, 9/92 vom 24.2.1992

⁴⁰ Kölner-Stadt-Anzeiger, 21.6.1991

⁴¹ Chambliss, Eine kriminelle Vereinigung, Seite 142

lung der Unterdrückungstruppe wurde der Raubmord notwendig. Die notwendigen Gelder für die ursprüngliche Kapitalakkumulation kamen aus dem Blut der Massen. Seine ersten Gehversuche mußte der Kapitalismus auf den Knochen der Arbeiter machen. Die profitable Anlage des Kapitalüberflusses im Spätkapitalismus läßt sich nur noch mit Tod und Verderben realisieren, mit Millionen verhungender Kinder in der unterdrückten Welt, Drogenleichen in den U-Bahn-Toiletten der Metropolen und mannigfache Opfer der Waffenschieberei. Wird die Profitrate aber auch dann nicht mehr realisiert, werden - wie 1991 im Irak - Abertausende im Bombenteppich dem Kapital geopfert.

Kapital und Verbrechen sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Je nach Notwendigkeit wird der illegale Bereich mal mehr, mal weniger offen betrieben. Das Verbrechen ausrotten zu wollen, heißt, den Kapitalismus zu beenden. Einen unschuldigen Kapitalismus ohne Verbrechen gibt es nur im Reich der Mythen. Das Kapital ist durch das Verbrechen entstanden. Es wird entweder durch das Verbrechen sterben oder das Kapital wird durch den bewußten Schritt der Massen abgelöst und die Produktion auf die nächst höhere Stufe gehoben.



Weiter mit Lenin!

- Werner Klein -

Mit der Losung »*Vergeßt Lenin*« will uns die sog. "linke" Monatszeitung "PROWO" in ihrer 92er Februarausgabe zur Fahnenflucht aufrufen. Um uns angeblich marxistische Treue zu beweisen, setzt sie sich erst einmal von den bürgerlichen Tiefdenkern wie z.B. den Spiegelschreiberlingen ab, die natürlich den Schuldigen des »*sozialistischen Debakels*« bei Marx selber sehen.

Wir wollen uns mit diesem Artikel beschäftigen, weil er typisch für das Durchdringen bürgerlicher Ideologie in die Köpfe der Exlinken ist. Die eine Linie stellt die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt in Frage, die andere, mit der wir es hier zu tun haben, schießt sich auf die revolutionäre Theorie und die Partei als Träger der Theorie ein. Bei beiden Linien wird als Endpunkt der totale Verrat der Idee der klassenlosen Gesellschaft stehen müssen. Partei und Basis ist gleichermaßen notwendig und das jeweils eine nur mit dem jeweils anderen vital lebensfähig. Wir müssen uns also als Marxisten gegen den Verrat sowohl der Arbeiterklasse, als auch der Partei wehren, um künftige Irreleitungen der Arbeiterbewegung zu verhindern. In der nächsten Ausgabe werden wir uns dann mit der Arbeiterklasse als zukünftiger führender Klasse auseinandersetzen.

Nachdem die PROWO sich also von den Antimarxisten distanziert, wird schon in dem nächsten Atemzug den sog. »*traditionalistischen Kommunisten*«, die »*leider*« nur Stalin zum »*Abschuß freigegeben*« haben, »*alberne Geschichtsauffassung*« bescheinigt. In einem Zitat von H. Krauss stellt sich aber der scheinbare »*traditionalistische Kommunist*« als ein Ewigstalinist heraus: »*Der Stalinismus ist ein... System der...Vulgarisierung der Theorien von Marx, Engels und Lenin*«. Stalin hat aber die Theorien von Marx und Lenin nicht 'vulgarisiert', was ja hieße, sie nur zu einer vulgären Abart des Marxismus entstellt zu haben, sondern Marxens Theorien, und zwar alle, in ihr Gegenteil verkehrt, um sie in den Dienst der neu entstandenen herrschenden Klasse, der Bürokratie, stellen zu können.

Die PROWO benutzt also einen "Schafspelz"-Stalinisten, um ihre antileninistischen Moralausdünstungen als in der marxistischen Tradition stehend darstellen zu können.



Ohne dies mit einem Zitat zu belegen, weiß sie, daß

»von Bewußtseinstheorie im eigentlichen Sinne bei Lenin nicht gesprochen werden kann... Die Klasse wird als notwendig zu führende, weil bewußtseinsmäßig nur mäßig - auf den eigentlichen Lohnkonflikt gerichtet - ausgestattet interpretiert«.

Bei Lenin im Original liest sich das aber fast anders herum:

»Die Arbeiterklasse ist instinktiv und spontan sozialdemokratisch, und die mehr als zehnjährige Arbeit der Sozialdemokratie hat schon sehr, sehr viel dazu beigetragen, diese spontane in eine bewußte Einstellung zu verwandeln. Malt keine Schreckbilder an die Wand, Genossen! Vergeßt nicht, daß es in jeder lebendigen und sich entwickelnden Partei stets unbeständige, wankelmütige und schwankende Elemente geben wird. Aber diese Elemente lassen sich von den erprobten und fest zusammengeschweißten sozialdemokratischen Kern beeinflussen und werden sich weiterhin von ihm beeinflussen lassen.«⁴²

Die Aufgabe der Partei bei Lenin ist also nicht, die Massen aufzuklären, sondern die spontan entstandene Entdeckung der objektiven Interessen zu verallgemeinern und zu konservieren. Geführt werden von der Theorie des marxistischen Kompasses und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung müssen alle Sozialisten, sowohl die Massen, als auch die Parteimitglieder, auch hier Führung wie Basis. Durch die unterschiedliche Entwicklung des Bewußtseins im Kapitalismus besteht die ständige Gefahr, daß die bewußten Elemente wieder zurückfallen, bevor die nächsten Teile der Arbeiterklasse sich ihrer Lage bewußt werden.

Der Marxismus ist auch nicht irgendeine Theorie, die vielleicht am grünen Tisch entstanden den Arbeitern aufgedrängt werden sollte. Der Marxismus ist eine Methode, die Welt zu verstehen und gibt Anleitung zum Handeln. Marx konnte seine Ideen erst entwickeln, nachdem die Arbeiter in Lyon und die Chartisten in England streikten. Seine Theorie bezieht sich auf die Arbeiterklasse und erst, wenn man den Klassenstandpunkt verläßt, ist man unrettbar verloren und irrt verstört im Dunkel der Zeit.

Die marxistische Theorie kommt aus der Arbeiterklasse und fließt zu ihr zurück. Die Marxisten sind auch kein gesonderter Teil mit besonderen Interesse, sondern der zuerst erwachte Teil. Durch die unterschiedliche Entwicklung des Bewußtseins im Kapitalismus besteht die ständige Gefahr, daß die bewußten Elemente wieder zurückfallen, bevor die nächsten Teile der Arbeiterklasse sich ihrer Lage bewußt werden. Die Aufgabe der Partei bei Lenin ist, diesen Widerspruch zu erkennen und eine Lösung zu geben, daß die Erkenntnisse der Arbeiterklasse nicht im Strudel der Geschichte untergehen. Auch wenn er den Begriff des Berufsrevolutionärs gebraucht, heißt das nicht, daß dieser über den Massen stehen soll, sondern nur, daß der zuerst erwachte Teil verantwortungsbewußt den Marxismus für die nächst erwachenden Teile bewahren und vermitteln soll. Eine Spaltung zwischen Partei und Klasse gibt es bei Marx und Engels nicht und auch nicht bei Lenin. Die gibt es nur in den Köpfen von Kleinbürgern, die die Dynamik der Klassenkampfes nicht verstehen können und wollen.

Als schulmeisterliche Erzieher der Massen haben nur die Stalinisten Lenin immer verstanden, er selber hat den Arbeitern aber viel mehr zugetraut. Im Oktober 1917 stützte er sich auf die Basis in den Fabriken und der Partei, als außer ihm und Trotzki alle anderen ZK-Mitglieder vor der Inangriffnahme der Revolution zögerten:

⁴² Lenin-Werke, Berlin 1961, Band 10, "Über die Reorganisation der Partei", Seite 16

*»Mehr als einmal hatte Lenin gesagt, die Massen seien linker als die Partei. Er wußte, daß die Partei linker war als die Oberschicht der 'alten Bolschewiki'«.*⁴³

Natürlich geht Lenin richtigerweise von der Notwendigkeit der Führung aller aus, also sowohl der Parteibasis als auch der Parteileitung und natürlich auch der Masse. Die Klasse muß aber bei Lenin nicht deshalb geführt werden, wie die PROWO schreibt, weil sie "bewußtseinsmäßig nur mäßig ausgestattet" sei, sondern weil das Bewußtsein nicht gleichzeitig und nur spontan entsteht und daher von einer theoretischen Führung konserviert werden muß. Wir finden also bei Lenin ein Wechselverhältnis des Lernens. Dieser Lernprozeß muß auch von beiden Seiten auf freiwilliger Basis beruhen, mit eigenen Erfahrungen verinnerlicht werden.

Die Kritik sollte also nicht dem Begriff der Führung gelten, sondern dem Zwang zum Geführtwerden. Einen Zwang zum Geführtwerden und der "Die Partei hat immer Recht"-Anschauung finden wir bei Stalin und seinen Epigonen. Bei der Lektüre des PROWO-Artikels drängt sich bei mir die Vermutung auf, daß der Verfasser hier seine eigene Vergangenheit zu bewältigen versucht und da er blind im Marxismus rumstapft, dabei auch gleich Lenin mit über Bord wirft.

Diese blinde Ursachenforschung setzt sich dann auch in der Staatsauffassung fort:

»Staat gibt es bei Lenin nur als Herrschaftsinstrument! Metaphern wie Maschine, Knüttel, Herrschaftsapparat usw. für den Staat zeigen deutlich, wie simpel Lenins Vorstellung der gesellschaftlichen Aufgaben des Staates war. etc.«

Nur zur Information sei ihnen gesagt, daß auch bei Marx, an dem ja die PROWO angeblich noch festhalten will, mit entsprechen Wörtern die gleichen Zusammenhänge zwischen Kapital und Staat aufgezeigt werden:

*»...Jene Staatsmacht ist in Wirklichkeit die Schöpfung der Bourgeoisie, zuerst als Mittel, den Feudalismus zu zerbrechen, dann als Mittel, die Freiheitsbestrebungen der Produzenten, der Arbeiterklasse, zu unterdrücken... Sie hatte den herrschenden Klassen als Mittel der Unterjochung und der Bereicherung gedient.«*⁴⁴ und weiter hinten

*»Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigene Zwecke in Bewegung setzen. Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen - stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit - stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente.«*⁴⁵

Es ist geradezu absurd, Lenin in der Frage der Staatstheorie von Marx und Engels spalten zu wollen. In allen seinen Schriften über den Staat bezog sich Lenin immer wieder auf deren Analyse mit Zitaten und sah seine Aufgabe darin, diese mit seinen neueren Erkenntnissen zu untermauern.

»Der Staat gehört nicht den Kapitalisten, auch nicht dem Kapital ... Die Vielschichtigkeit bourgeoisier Disparitäten und Konkurrenzen multipliziert mit den Ausgleichsnotwendigkeiten einer Klassengesellschaft, dies alles ist durch Herrschaft nicht und durch Unterdrückung schon gar nicht zu leisten«

⁴³ Leo Trotzki, "Geschichte der russischen Revolution", Frankfurt 1973, Seite 600f.

⁴⁴ MEW, Berlin 1962, Band 17, Entwürfe zum "Bürgerkrieg in Frankreich", Seite 541

⁴⁵ MEW, Berlin 1962, Sand 17, "Der Bürgerkrieg in Frankreich", Seite 336

lesen wir vielbedeutend in der PROWO. Nur dadurch aber, daß man Fremdwörter mit der Mathematik vermischt und dann noch dies mit grammatikalischen Fehlern verknüpft, so daß am Ende niemand mehr irgend etwas versteht, wird eine Aussage nicht richtig. Bei Marx und Lenin ist auch von einem juristischem Eigentum des Staates keine Rede, beide gehen von dem Staat als relativ unabhängigen idealem Gesamtkapitalist aus.

Was soll also im zweiten Satz geleistet werden? Die Vielschichtigkeit bürgerlicher Disparität (Ungleichheit), die Konkurrenz, die Multiplikation oder die Ausgleichsnotwendigkeit? Wenn die Unterdrückung des Kapitals nichts bewirken könnte, denn frage ich mich, warum ich unterdrückt werde und mir mein Mehrprodukt, die Differenz zwischen meinem Gebrauchs- und Tauschwert, entwendet wird? Dadurch, daß ich über mein Mehrprodukt nicht verfüge, ich also entfremdet werde, ist mein ganzes Leben mir fremd und verfügt der Kapitalist, der sich dieses Mehrprodukt aneignet über mein Leben, über das produktive wie das reproduktive. Der Unterdrückungsapparat sind die Justiz, das Militär, die Polizei, die Administration usw. Sie werden nicht gewählt, doch sie sind es, die mir im Alltagsleben ständig begegnen. Den "gewählten Abgeordneten" sehe ich nur am Sonntag auf dem Bildschirm und er führt auch nicht das letzte Wort. Die Presse wähle ich nicht, sondern man braucht das von mir angeeignete Mehrprodukt, und zwar Millionen, um über die Presse zu verfügen. Die Justiz, die Polizei und meinen Chef wähle ich nicht. Der Produktionsmittelbesitzer aber beispielsweise verfügt direkt über 8 Stunden am Tag und indirekt über den Rest meines Lebens.

Was die PROWO mit dem geheimnisvollen, bedeutungsschwangerem, mystischen Zaubersatzformel meint, drückt sie im Absatz danach klarer aus:

»Moderne Varianten von Regulation, Klassenausgleich und -kompromiß, wenn auch zugunsten des Systems der bürgerlich/kapitalistischen Grundlage, kommen bei Lenin als Analyseansatz des bürgerlichen Staates nicht vor.«

In Aufschwungszeiten ist der Klassenkompromiß aber gerade der Knüppel zur Ausbeutung der Arbeiter, wenn auch der sanfte Knüppel. Die Unterdrückung wird subtiler durchgesetzt. Umgesetzt wird die verstecktere Unterdrückung mit den reformistischen Bürokraten. Diese behindern damit die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter und die Erkenntnis der Notwendigkeit, die Lohnarbeit insgesamt abzuschütteln und sorgen somit für die Festigung des kapitalistischen Systems. In der Gegenüberstellung von Knüttel und Klassenversöhnung steckt die Verniedlichung der bürgerlichen Diktatur in den Boomzeiten. Als ob die Zeiten der Ausbeutung vorüber seien und eine 'moderne' Phase eingeleitet worden sei, in der der Kapitalismus die Bedürfnisse aller Menschen nach Brot und Frieden für alle Zeiten lösen könnte. Der Vorwurf gegen Lenin ist absolut nichts Neues. Auch er mußte sich schon zu Lebzeiten mit den Vorwürfen auseinandersetzen, daß er die Veränderungen des Kapitalismus gegenüber den Zeiten von Marx nicht bemerkt hätte. Aber natürlich sah er die Phase der Prosperität sehr wohl und die den Arbeitern von den Klassenversöhnern angelegten Fesseln der 'Sozialpartnerschaft'. 1917 schrieb er:

»Die in Jahrzehnten einer verhältnismäßig friedlichen Entwicklung angesammelten Elemente des Opportunismus haben die in den offiziellen sozialistischen Parteien der ganzen Welt herrschende Strömung des Sozialchauvinismus geschaffen« Deren Neigung zum Klassenausgleich beschreibt er weiter:

»Auf der einen Seite pflegen bürgerliche und besonders kleinbürgerliche Ideologen - die sich unter dem Druck unbestreitbarer geschichtlicher Tatsachen gezwungen sehen, anzuerkennen, daß der Staat nur dort vorhanden ist, wo es Klassengegensätze und Klas-

senkampf gibt - Marx in der Weise "zu verbessern", daß der Staat sich als Organ der Klassenversöhnung erweist. Nach Marx hätte der Staat weder entstehen noch bestehen können, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Sei den kleinbürgerlichen und philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es - oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! - so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne ... Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen.»⁴⁶

Die PROWO stellt mit ihrer Gegenüberstellung von offenem und verstecktem Knüttel, von Aussaugung und Kompromiß, diesen als neue Fähigkeit des Kapitalismus dar, seine Probleme nicht mehr mit Krieg und relativer Verelendung lösen zu müssen. Bei 1000 Entlassungen lautet der Kompromiß mit dem Kapital nur 500 Entlassungen plus Arbeitsplatzgarantien für die restlichen 500 auf dem Papier. Diese sind dann so eingeschüchtert, daß 1 Jahr später der Rest entlassen werden kann. 2,5 Millionen Arbeitslose in der alten BRD ist das Ergebnis lauter Kompromisse. Daß der Arbeiter von seinen geschaffenen Werten immer geringere Anteile erhält ist das Ergebnis lauter Kompromisse. Die Integrationsfähigkeit des Kapitals in Aufschwungsphasen hat Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit nicht abgeschafft. Das Stillhalten der Massen entstand nicht durch eine 'moderne' Fähigkeit des Kapitals, sondern durch den einlullenden Verrat der Reformisten. Den Kompromiß als eine besondere Fähigkeit des 'modernen' Kapitals hinzustellen, heißt, ihn letztlich indirekt anzupreisen. Die PROWO entlarvt den Kompromiß nicht als das, wozu er schließlich führt: Zu Massenarbeitslosigkeit, Völkervernichtung, globale Umweltkatastrophen, Massenkindermord, Obdachlosigkeit, psychische und physische Verelendung. Was soll denn da der Hinweis auf den Kompromiß? Vielleicht, daß er nur 30.000 statt 50.000 verhungender Kinder täglich oder 800.000 statt 1.000.000 Wohnungsloser in der BRD schafft? Nein, dieser Kompromiß ist viel tödlicher als die offene Aussaugung, da er die Arbeiter einschläfert und dennoch unsere Welt zerstört.

Trotz der Anpreisung der Kompromißlerei kann der Verfasser seine stalinistische Herkunft aber nicht verstecken: »...*die Perpetuierung des Unterdrückungscharakters hätte sich ja durch die schnelle Realisierung wirklich sozialistischer Möglichkeiten aufheben lassen.*« Obwohl er in dem Satz danach feststellt, daß der »*revolutionäre Funke nach Deutschland nicht übergessungen ist*«, kritisiert er Lenin, daß er den Sozialismus nicht realisiert hatte. Dies ist nichts anderes als die stalinistische Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande.

Im Rußland von 1920 bestand nur noch eine Arbeiterklasse von 1,5%. Der Rest von den vorher 5% war an der Front gefallen oder in der Bürokratie aufgegangen. Die letzten Arbeiter wurden durch Elend und Hunger politisch atomisiert. Wie aber kann man einen Sozialismus, eine Arbeiterdemokratie ohne Arbeiter aufbauen? Sicher kann das ein Stalin in Jalta, indem er hinter den Aufteilungsvorschlägen der Weltimperialisten seine Häkchen macht. Nur das somit der Sozialismus in der "DDR" eingeführt wurde, will ich bestreiten und Lenin als Marxist war auch nicht so vermessen, zu glauben, er könnte ohne die Selbstbefreiung der Arbeiterklassen anderer Länder weiter zum Sozialismus schreiten. Den Sozialismus kann man nicht exportieren. Lenin hat aber mit seiner Komintern-Politik alles für ihn Mögliche getan, damit der Funke der Arbeiterrevolution überspringen kann. übrigen

⁴⁶ Lenin-Werke, Berlin 1961, Band 25, Seite 395 und 398 "**Staat und Revolution**"

hat er diesen Funken nie mit Sicherheit vorhergesagt, wie uns die PROWO Glauben machen will, sondern er entsprach einer notwendigen Hoffnung, die diesmal noch nicht eingetreten ist. Was wäre aber wenn, liebe PROWO, dann hätte auch dies wieder nichts genutzt, weil in Rußland die Revolution ausgeblieben wäre, wenn Lenin und Trotzki dem Vorschlag der PROWO gefolgt wären und gezögert hätten.

Lenin hat zumindest nach der Geschichte gegriffen. Die erste Schlacht wurde schließlich verloren, weil die Weltrevolution ausblieb. Aber diesem ersten Experiment verdankt die Arbeiterbewegung heute unendlich viele Erfahrungen. Der Mut der russischen Arbeiter und der Bolschewiki 1917 war auf alle Fälle nicht umsonst. Diese Einschätzung beantwortet auch schon die Frage, warum wir uns über alte Theoretiker mit relativ unbekanntem Zeitungsmachern streiten. Lenin hat insbesondere die Notwendigkeit der revolutionären Partei zum Sieg der Arbeiterklasse propagiert. Mit dem Abgesang Lenins wollen uns die unter die Rockschöße des Reformismus flüchtenden Scheinmarxisten auch die Einsicht in die unabhängige Organisation der Arbeiter rauben und uns somit in die Arme der Klassenverwöhler treiben.

Die PROWO stellt ihr Erscheinen ein und in einigen Jahren werden sich nur noch die Herausgeber an ihren Namen erinnern. Über Lenin wird man noch in tausend Jahren sprechen und er wird uns Marxisten Kompaß sein, bis Staat und Partei wegen der Auflösung aller Klassen unnötig geworden und 'abgestorben' sind. Daher kann die Parole für alle Arbeiter und Kommunisten nur lauten:

"Vergeßt die PROWO, weiter mit Marx, Engels, Trotzki und ... Lenin"

